Einzelnummer: Preis für München 12000 Mark, auswärts 15000 Mark

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint tägl. Bezugspreis im Inland durch d. Post im August M. 100000,—, unt. Streifband M. 130000,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München“. / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Fr. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Deutsche Hansabank, A.-G., München, Herzog-Wilh.-Str. 33.

Streifbandbezugsgebühr f. August i. Ausland: Österreich Kr. 15000,-, Ungarn Kr. 5000,-, Tschechoslowakei 8 KC., England u. bisher. deutsche Kolon. 2½ sh., Jugoslawien 30 Dinare, Polen 25000 M. p., Italien 7 Lire, Holland ½ fl., Ver. Staat. ½ Dollar, Schweiz u. d. übr. d. Weltpostv. angeschl. Staat. 2½ Schwz. Fr.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 61861 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, Manchen, auf dem Erlagschein erforderl.)

163. Ausg., 37. Jahrg. München (Mittwoch/Donnerstag), den 15./16. August 1923 Preis für München M. 12000,—, auswärts M. 15000,—

Jüdische Diktatur Hilferding

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Das neue Reichskabinettstück

tn. **Berlin**, 14. August. **Ebert hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien mit folgenden Persönlichkeiten besetzt:**

Robert Schmidt, Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers;
Dr. Brauns, Arbeitsministerium;
Abg. Sollmann, Innenministerium;
Dr. Oeser, Verkehrsministerium;
Dr. Geßler, Wehrministerium;
Dr. Radbruch, Justizministerium;
Dr. Luther, Ernährungsministerium;
Dr. Hilferding, Finanzministerium.

Das neuzuschaffende Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem Oberpräsidenten Fuchs übertragen.

Für den Reichswirtschaftsminister ist der Reichsminister a. D. von Raumer in Aussicht genommen.

Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt.

tn. **Berlin**, 14. August. Es ist nicht möglich gewesen, daß sich das neue Kabinett bereits gestern abend dem Reichstag vorstellte, da sich die übrigen Komplikationen einstellten. Der Charakter des Kabinetts ist überwiegend parlamentarisch, was sich, abgesehen von der allgemeinen Entwicklung, auch insbesondere aus den im Briefe des scheidenden Reichskanzlers Dr. Cuno angeführten Gründen erklärt.

Die jetzt gebildete parlamentarische Koalition hatte bei aller Freiheit des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in bezug auf die Auswahl der Persönlichkeiten für das Kabinett doch selbstverständlich Rücksicht auf die Wünsche der bebteiligten Fraktionen zu nehmen. Immerhin ist es diesmal gelungen, innerhalb 24 Stunden das neue Kabinett zu bilden, und der Reichstag bot diesmal nicht das Bild heftiger parlamentaricher Krämpfe, wie man es von früher her gewohnt war. Der energische Wille der Parteien zur schnellen Lösung der gegenwärtigen kritischen Lage hat sich erfolgreich durchgesetzt. — Kein Wunder, nachdem der Stresemann sich offen auf eine Bank mit dem unabhängigen sozialdemokratischen Hebräer gesetzt hatte...

Die Vorstellung der neuen Regierung

tn. **Berlin**, 14. Aug. Die heutige Reichstagssitzung beginnt um 12 Uhr. Dr. Stresemann wird sein neues Kabinett vorstellen.

Das neue Kabinett findet einerseits eine zurückhaltende, andererseits eine aggressive Presse. Zum Teil haben die Blätter der Deutschnationalen Volkspartei eine heftig abwehrende Besprechung der Regierungsbildung enthalten.

Ebert an Dr. Cuno

tn. **Berlin**, 14. Aug. Fritz Ebert hat auf das Schreiben des Reichskanzlers Dr. Cuno vom Sonntag folgende Antwort erteilt:

Herr Reichskanzler! **Nach** der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage und der in den letzten Tagen hervorgetretenen Möglichkeiten einer Regierungsbildung auf breiter parlamentarischer Grundlage verstehe und würdige ich die Beweggründe, die Sie und das Kabinett zu Ihrem Rücktrittsgesuch veranlaßt haben. Ich habe mich daher entschlossen, Ihrer und der Herren Reichsminister Demission anzunehmen.

Sie haben vor fast neun Monaten meinem Rufe folgend unter Zurückstellung eigener Interessen und unter persönlichen Opfern in ernster Lage die Leitung der Reichsregierung übernommen und sich seither mit aller Kraft bemüht, die durch die widerrechtliche Ruhrbesetzung herbeigeführten, sich ständig häufenden Schwierigkeiten zu meistern. Namens des Reiches danke ich Ihnen aufrichtig und herzlich für Ihren mit ernstem Willen und fester Kraft dem Vaterland geleisteten Dienste. Wenn trotz allem die Bedrängnis unseres Volkes in den letzten Wochen immer größer wurde, so sind daran in erster Linie der immer mehr verschärfte außenpolitische Druck und die dadurch entstandenen Nöte Schuld und Ursache.

Indem ich Sie hiermit von Ihrem Amt entbinde, gebe ich gleichzeitig der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß ich auch fernerhin auf Ihren Rat und Ihre Mitarbeit rechnen darf. In aufrichtiger Wertschätzung bin ich Ihr ergebener, gez. Ebert, Reichspräsident.

Frankreich und das neue deutsche Kabinett

tn. **Paris**, 14. August. Am Quai d'Orsay wurde gestern bestätigt, daß die französische Regierung daran denkt, eine offizielle Erklärung über eine eventuelle Einschränkung der Ruhraktion abzugeben, falls die Zusammensetzung des neuen deutschen Kabinetts „ausreichende Gewähr für das Verhalten Deutschlands in der Reparationsfrage biete“. Der Zweck dieser Erklärung soll sein, der neuen deutschen Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern. Die französische Regierung erkennt an, daß die bedingungslose Einstellung des passiven Widerstandes unmöglich ist, weil jede Reichsregierung dadurch unheilbar erschüttert würde.

*

Die ausreichende Gewähr für die kommende Unterwerfung ist bei Stresemann-Hilfferding vollauf vorhanden. Michel seinerseits geht sicher auf die neuen Leimruten.

Die Vorboten des Chaos

16 Tote und 38 Schwerverletzte

tn. **Leipzig**, 14. Aug. **Bei den bereits gemeldeten blutigen Zusammenstößen in Zeitz hat es nach den bisherigen Meldungen 16 Tote und 38 Schwer- und ungefähr 15 Leichtverletzte gegeben. Auch einige Polizeibeamte haben Verletzungen davongetragen.**

In einer Anzahl Leipziger Betrieben, namentlich der Metallindustrie, ist es gestern bereits zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Obwohl die Arbeiterschaft der Gaswerke am Samstag in den Streik getreten ist, war am gestrigen Montag vormittag die Mehrzahl wieder an der Arbeitsstätte erschienen. Die Gasversorgung ist jedoch eine sehr mangelhafte, so daß gestern abend weite Straßenzüge im Dunkeln lagen.

Demokratische Heldentaten

Stuttgart, 13. Aug. **Wie das „Stuttgarter Neue Tageblatt“ meldet, ist eine Zentrale der nationalsozialistischen Partei in Stuttgart aufgedeckt worden, bei der die gesamten Fäden der nationalsozialistischen Organisationen des Westens zusammenliefen.**

Man bräuchte in Stuttgart nicht mehr französische Kriminaler einzusetzen, die deutschen Behörden besorgen die Sabotage der deutschen Notwehr ebensogut.

Die Unruhen in Hannover

tn. **Hannover**, 14. Augst. Der Polizei wird es sehr schwer gemacht, bestimmte Angaben über die Unruhen und Ausschreitungen in Hannover zu machen. Man nimmt an, daß von den Demonstranten Leichen verschleppt worden sind. Bis jetzt beziffert sich die Zahl der Toten auf sechs, die der Verwundeten auf sechzig. Ein Schupowachtmeister trug eine leichte Verwundung durch einen Streifschuß davon, drei Polizeibeamte sind mißhandelt worden. Am Montag versammelten sich in der Gegend des Steintors und vor dem Gewerkschaftshaus demonstrierende Arbeiter, die eine bedrohliche Haltung annahmen. Die Schupo trieb die Massen mit der blanken Waffe auseinander. In den größeren Werken haben Betriebsversammlungen stattgefunden, wobei die Frage der Erfassung von Lebensmitteln eine besondere Rolle spielte. In der kommunistischen Arbeiterschaft werden Pläne erwogen, Streifzüge auf das Land zu unternehmen, um bei den Bauern Lebensmittel zu „requirieren“. Solche Beispiele sind bereits in der Gegend von Hammeln geliefert worden, wo man mit Waffen hinauszog und die Dörfer heimsuchte. **Arbeiterscharen aus Ronnenberg, Gerden, Empelde zogen auf das Rittergut Franzensberg bei Gerden**, nahmen Waffen fort und fielen über die Silbergeräte und Schmuckstücke des Gutes her. Der Förster und ein Sohn des Besitzers, die den Arbeitern entgegentraten, wurden blutig geschlagen. Die Arbeiter zogen dann zur Zuckerfabrik Neuwerk, wo der Verwalter blutig geschlagen wurde und ähnliche Ausschreitungen vorgekommen sind.

Auch aus Miesburg werden Plünderungen gemeldet. Dort soll man es besonders darauf abgesehen haben, den Landwirten Sachen und Lebensmittel zu entwenden. Ein Gendarm ist entwaffnet worden. Der Oberpräsident Noske beurteilte dennoch gestern nachmittag die Lage zuversichtlich; er hatte eine eingehende Konferenz mit Arbeiterdelegationen, welche die Forderung nach Entwaffnung der Schutzpolizei aufstellte, was natürlich glatt abgelehnt wurde.

Die schweren Ausschreitungen in Krefeld

tn. **Krefeld**, 14. August. Die schweren Ausschreitungen hielten auch gestern an. Unter dem Druck der Massen mußten die Geschäfte ihre Waren weit unter Einkaufspreis abgeben. So wurden z. B. Schuhe und Anzüge für 100000 M. „verkauft“. Zum Teil wurden die Sachen auch ohne jede Bezahlung mitgenommen. Nicht nur Kleider- und Schuhgeschäfte, sondern auch Zigaretten- und Schokoladeläden sind den Plünderern zum Opfer gefallen. Von der Polizei und dem Selbstschutz wurden über 150 Personen wegen Plünderung festgenommen.

Ausschreitungen in Mühlhausen in Thüringen

tn. **Mühlhausen**, 14. August. Hier fanden am Montag nachmittag erhebliche Ausschreitungen eines Teiles der durch Kommunisten aufgehetzter Arbeiterschaft statt. Mitglieder des Jungdeutschordens wurden aus Betrieben herausgeholt und blutig geschlagen. Die elektrische Straßenbahn wurde angehalten und Leute, die Nadeln des Jungdeutschordens trugen, herausgeholt und schwer mißhandelt. Da die Stadt gegenwärtig nicht ihre ganze Schupo-Mannschaft am Orte hat, wächst sich die Situation immer gefahrdrohender aus.

Kommunistische Plünderungen auf dem Lande

tn. **Dresden**, 13. August. In Westsachsen ist es auf zwei Stellen zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen und zwar in der Glauchauer Gegend und in der Nähe von Borna und Oschatz. Hier sind die Bewohner der umliegenden Fabriksorte auf die Felder gegangen und haben umfangreiche Zerstörungen und Plünderungen an Getreide vorgenommen und der Landwirtschaft großen Schaden zugefügt. Die Bauern, die aus Angst um ihre Ernte den Demonstranten entgegentraten, wurden bedroht. Es ist zu bedenklichen Zwischenfällen gekommen. Landespolizei mußte nach dem bedrohten Gebiete abgehen.

Die Streiklage

Berlin, 13. August. Die Kommunisten sind eifrig an der Arbeit, für den Generalstreik weiter Stimmung zu machen. In den städtischen Wasserwerken wollen sich die Arbeiter den streikenden Kollegen von den Gas- und Elektrizitätswerken anschließen, wenn ihre Forderungen nicht bis Dienstag abend bewilligt sind. Die Lage im Eisenbahnverkehr ist unverändert. Der Betrieb der Hoch- und Untergrundbahn wird aufrecht erhalten. Die allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft stellte Wagen ein, dagegen ruhte der Kraftfahrzeugverkehr auf allen Linien. In den großen Werken sind die Arbeiter fast alle erschienen, halten aber Versammlungen ab, um über die Lage und über die passive Resistenz zu beraten.

Halle, 13. August. Die Lage in Mitteldeutschland ist mittags folgende: **Die kommunistische Generalstreikparole** wird bisher nur zum Teil befolgt. In Halle wurden die Arbeitswilligen aus den großen Werken herausgeholt, doch ist der Generalstreik nicht einheitlich durchgeführt. In Geiseltal streiken die Bergleute, jedoch auch nicht durchgängig. Die Leunawerke in Merseburg arbeiteten vormittags noch, aber in den Ambiwerken ruht der Betrieb. Aus Eisleben wird die Stillegung verschiedener Schächte gemeldet; hier und da, so in Zeitz, kam es zu Demonstrationen. In Zeitz gab es wie verlautet auch Tote und Verletzte.

National-Bolschewismus

Wallau (Lahn).

Der National-Bolschewismus spukt wieder in vielen Wirrköpfen. Auch in hiesiger Gegend ist eine Anzahl, den gelehrten Ständen angehörige Personen, in Unterhandlung mit Moskaus Vertretern oder doch schon dafür erwärmt. Über 80 deutsche Ingenieure sollen schon mindestens in Moskau für die Räteherrschaften tätig sein. Alle diese kurzsichtig-eigennützigen Leute sehen nicht ein, daß sie nur Kulturdünger für eine fremde, ausbeuterische Rasse sein werden. Sie helfen den Juden erst die Waffen schmieden. Sie sind die Wegbereiter für die Räteluden und die Kapitalisten-Judenherrschaft. Sie sind habsüchtige oder kurzsichtige Verräter am deutschen Volke, die ernstlich verwarnt werden müssen. Nur durch solche Verräter und Zuhälter ist es ja überhaupt dem Juden möglich gewesen, die Macht zu erringen. Nur dadurch, daß er sich anfangs unter den Rockschößen solcher Zuhälter verbarg, konnte er sich allmählich nach oben schleichen. Der gefährliche Radeck betreibt mit größtem Nachdruck den National-Bolschewismus. Er bemüht sich, den Judenkommunismus mit den Hakenkreuzträgern zu verbünden, indem er für den gemeinsamen Kampf der roten Armee und der deutschvölkischen Kampfverbände gegen Frankreich wirbt. Man beachte sein Lob auf Schlageter, mit welchem er die Völkischen fangen will.

Wenn die Deutschen mit der roten Armee gegen Frankreich losschlagen, dann tut der Deutsche, wie immer, die Hauptarbeit. Wenn dann die Deutschen ihr Vaterland frei wähnen, wenn die tüchtigsten Kerls gefallen sind, das beste Blut verlorengegangen, dann findet der Deutsche hinter sich, hinter der Front die Judenherrschaft fest aufgerichtet. Jeder deutsche Widerstand ist dann vergeblich, da der Deutsche dann zu geschwächt ist.

Die Schrittmacher dieser Judenherrschaft sind der deutsch-soziale Bund des Studienrates von Mellenthin in Fürstenwalde, nicht zu verwechseln mit der deutsch-sozialen Partei. Man betrachte die Ähnlichkeit der Bezeichnung. Dieser deutsch-soziale Bund nennt sich germanisch-zionistische Schwertgenossenschaft. Vergleiche den Aufsatz: die Kapelle des Teufels, im Leuchtturm Heuert (Juli, Nr. 1) von Karl Rohm, Lorch, Württg. — Noch gefährlicher ist die Liga zum Schutze der deutschen (baltischen) Kultur. Die Liga ist zur Zeit z. B. hier in Hessen äußerst rührig. In kleinen Städtchen wie Biedenkop innerhalb 14 Tagen zwei große Vorträge (Dr. Bergmann) mit Lichtbildern. Selbst in den kleinsten Dörfern bis herab zu 500 Einwohnern Vorträge mit Lichtbildern. Das Ziel der Liga ist, furchtbaren Haß gegen die Franzosen zu erregen, **damit alles andere darüber vergessen wird. Nebenbei wird auch noch gegen Wucher geschimpft, doch nicht immer.** Die Ursachen, die Urheber unseres Elends werden sorgfältig verschwiegen. Die Liga wirbt heiß für innere Einheitsfront (mit den Novemberverbrechern), innere Versöhnung (auch mit den Juden). Die Gefährlichkeit der Liga beruht darin, daß sie völlig farblos ist, sozusagen niemand vor den Kopf stößt und weite Kreise mit dem Schlagwort der Einheitsfront einfängt. Hütet euch vor der Liga. — Wo der ehrliche Deutsche mit dem Juden eine anscheinend vorteilhafte Arbeitsgemeinschaft eingeht, ist der Deutsche stets der Geprellte. — Deutsche, klärt jeden auf über die Liga und über den National-Bolschewismus.

Hilferding

Stresemann-Kleefeld hat sein Kabinett nun glücklich beisammen. Wir finden in ihm alle die alten bekannten Namen wieder, nur **einer** leuchtet uns neu und verheißungsvoll entgegen, das ist der Name Dr. med. Rudolf Hilferding. Mit diesem Namen hat das Kabibnett Stresemann seinen eigentlichen Stempel erhalten. Deshalb ist es notwendig, sich mit der Persönlichkeit dieses österreichischen Juden etwas näher zu befassen. Er ist 1879 in Wien als österreichischer Staatsbürger geboren, entstammt einer jüdischen Familie, studierte Medizin und war dann politisch tätig als Leiter einer sozialistischen Schule in Berlin. Später war er in der Redaktion des „Vorwärts“ tätig, und am 4. August 1914 trat der Jude Hilferding als nichtdeutscher Staatsbürger gegen die Bewilligung der deutschen Militärkredite auf. Nach der Revolution 1918 erwarb er das deutsche Staatsbürgerrecht und übernahm die Leitung des Hauptblattes der unabhängigen Sozialisten, der „Freiheit“. Das hinderte nicht, daß der unabhängige Kapitalistenbekämpfer in der kapitalist. „Frankf. Ztg.“ Artikel veröffentlichte, wie z.B. am 21. Dez. 1922.

Besonders wichtig in der heutigen Zeit ist die außenpolitische Haltung des Monsieur Hilferding. Und da ist vor allen Dingen eine Rede dieses Hebräers auf dem französischen marxistischen Parteitag in Lille zu vermerken, wo Hilferding als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie gesprochen hat. Nach dem Bericht seines Blattes, des „Vorwärts“, vom 6. Februar 1923 erklärte Hilferding: **„Wir deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhalte, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden.“** Ferner sprach Hilferding die Ansicht aus, daß eine Lösung wirtschaftlicher Art möglich sei, und daß die Intervention der ausländischen Sozialisten eine Lösung herbeiführen würde. Mit diesen Worten ist das Schicksal des deutschen Volkes, das jetzt in die Hände des neuen jüdischen Finanzministers gelegt ist, deutlich umschrieben; denn das Versprechen der „Reparationen“ und das Versprechen der „Garantien“ aus ei...m Munde wie Hilferding, dessen Partei kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, bedeutet die vollkommene Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft und Industrie, die Auspressung bis aufs Blut, die Duldung der Bespitzelung aller unserer technischen Einrichtungen, die Anerkennung einer vollständigen Finanzkontrolle —, nach ägyptischem Muster, wie es England fordert —, mit einem Worte die vollständige Versklavung des deutschen Volkes.

Dieses Volk, namentlich aber die sogenannten bürgerlichen Parteien, welche die Stresemänner und Scheidemänner in den Reichstag gewählt haben, haben nun nicht das geringste Recht, sich über das kommende Chaos zu beklagen. Im Gegenteil, ein jeder Bürger der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, der einen Familienangehörigen nach dem anderen langsam verkommen sieht, hat sich zu sagen, daß er mit schuld ist an diesem ganzen Elend unseres Volkes; jeder christliche Zentrumswähler, der die Wirth und Konsorten unterstützte und in Erzberger einen großen Katholiken sah, möge vor seinem Abgang ins bessere Jenseits noch einige Rosenkränze beten, die ihm über den Hunger, herbeigeführt durch die Wirthsche Erfüllungspolitik, hinweghelfen können. Und die Deutschnationalen, welche nach einer Rede des Herrn Hergt deutschvölkisch bis auf die Knochen sind, und „ins Volk“ zu gehen versprachen, sie mögen sich sagen, daß ihre Führer zu feige waren und während ihres ganzen Daseins im Reichstag kein wahres Wort über die Zusammenhänge zwischen Börse und Marxismus und Judentum zu sprechen wagten. Die Wähler der „christlichen“ Bayerischen Volkspartei, welche der völkischen Freiheitsbewegung durch die Unterstützung der Schweyer und Genossen durch alle Jahre hindurch einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine warfen, können sich ebenfalls an die eigene Nase greifen, wenn sie sehen müssen, daß diese Frage

heitsbewegung noch nicht so stark geworden ist, den Spuk der Hilferdinger unmöglich zu mamchen. Die Severings und Genossen, die Levis und die Cohns und die Stresemanns, die können sich aber die Hände reiben, die große Koalition ist gekommen. Für uns gibt es natürlich nur ein einziges Motto, und das ist: Rücksichtslose Bekämpfung des neuen Erfüllungskabinetts, und in dieser Bekämpfung hoffen wir, daß auch manchem noch denkenden Wähler allmählich die Augen übergeben vor dem großen Theater, das noch kommen wird, und daß viele sich entschließen werden, die Bewegung zu unterstützen, welche nicht mehr Kämpfer für deutsche Freiheit hinter Schloß und Riegel setzt, sondern den Bedrücker hinter eiserne Gardinen. Das ist der Tag, für den wir arbeiten, und der einst kommen wird und kommen muß. A. R.

Marxistisch-jüdische Forderungen

tn. Berlin, 14. August. Die Versammlung der Sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von Groß-Berlin, die gestern abend stattfand, nahm nach einem Eröffnungsreferat von Wels und Dr. Hertz gegen eine starke Minderheit eine Resolution an, die eine Billigung der Großen Koalition enthält und in der nach dem „Vorwärts" die Verwirklichung folgenden Programms verlangt wird:

Energische Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen, durchgreifende Finanzreform auf der Grundlage der Heranziehung der (deutschen) Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Sachwerte, Währungsreform, schleunige Eindämmung der Inflation, Goldkredite, Vorbereitung der Goldwährung, wertbeständige Löhne, wertbeständige und hinreichende Erhöhung der Sozialrentner- und Erwerbslosenunterstützung, **Loslösung der Reichswehr von allen illegalen Organisationen, außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter voller Wahrung der Einheit der Nation und der Souveränität der deutschen Republik.** (Eine schöne Souveränität und Einheit.) Die Funktionäre verlangten weiter, daß die neuen sozialdemokratischen Minister und die Reichstagsfraktion mit aller Energie und ohne irgendwelches Nachgeben darauf bestehen, daß das vorstehende Programm von der Fraktion sofort restlos durchgeführt werde, und daß die Verwaltung, die unter Dr. Cuno wieder in vorrevolutionäre Bahnen gelenkt worden ist, endgültig demokratisiert werde, andernfalls sei die gegenwärtige Koalition für die Partei nicht tragbar.

Der Antibolschewismus immer rege

Der Kommunist Sandler, Beamter im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, vorher an der bolschewistischen Botschaft in Afghanistan tätig, ist von Antibolschewisten in Petersburg ermordet worden. Immer mehr häufen sich in letzter Zeit die Fälle von Tötungen kommunistischer Beamter in den Städten und auf dem Lande, und es ist deutlich zu spüren, daß die Tätigkeit der Antibolschewisten stark zugenommen hat. So hat im Gouvernement Jaroslaw ein erneuter Überfall auf einen Sowjetjournalisten stattgefunden, und daß ein großer Teil der Festung Kaiser Paul I. in Kronstadt in die Luft geflogen ist, soll gleichfalls das Werk der Antibolschewisten sein. (A.Z.D.)

Ein belgischer Minister über die hochverräterischen Bestrebungen im Rheinland

v. D. **Brüssel, den 8. Aug.**

Das Treiben der Hochverräter im Rheinland beschäftigt die belgische Presse lebhaft. Die nationalistischen Zeitungen geben sich alle Mühe, die Vorteile aufzuzählen, welche im „Pufferstaat" an der östlichen Grenze Belgiens für dieses Land haben könnte — eine Mauer zwischen dem rachedurstigen Deutschland und uns! — das natürliche Hinterland von Antwerpen würde künftighin kein feindlicher Staat mehr sein! — Aber dazu kommen dann gewöhnlich gleich einige Warnungen, wie diese z. B.: Wenn Belgien nicht rechtzeitig zu dieser Frage Stellung nimmt, dann laufen wir Gefahr, daß eine Rheinrepublik entsteht, die nichts weiter ist, als ein französischer Vasallenstaat, mit dem Resultat, daß wir fast vollständig von französischem Einfluß umzingelt sind. Von den vlämischen Blättern hat ein einziges Blatt, nämlich das in Antwerpen erscheinende „Handelsblad", für die Pläne von Dorten und Smeets Partei ergriffen, was um so merkwürdiger ist, als dieses Organ während der deutschen Besetzung Belgiens die Vorkämpfer eines unabhängigen Flamenlandes stets Hochverräter nannte. Alle anderen vlämischen Blätter wollen nichts von einer Rheinrepublik wissen, besonders nicht, wenn diese unter dem Schutze fremder Bajonette aufgerichtet werden sollte.

Der belgische Kolonialminister Louis Franck (ich weiß nicht, ob er ein Jude ist) hat sich einem Journalisten gegenüber in der folgenden Weise über die Angelegenheit ausgelassen: — Wir haben absolut keine Ursache, die rheinischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit Wohlgefallen zu betrachten oder gar zu unterstützen, und ich verstehe nicht, was Frankreich für ein Interesse daran hat. Die Franzosen sollten doch Verstand genug haben, nicht auf solche forcierte Bewegungen zu rechnen. Wenn sie das noch nicht eingesehen haben, so sollten sie zunächst einmal die Geschichte ihres eigenen Landes studieren. Hat Napoleon nicht bereits den Fehler begangen, den die französischen Befürworter einer Rheinrepublik jetzt machen möchten? Divide et impera waren einst die Prinzipien, welche dieser Kaiser Deutschland gegenüber anwandte. Es glückte, solange man ihn für unbesiegbar hielt. Aber sobald er ins Wanken geriet, war es damit vorbei. Bald rückten ihm alle die kleinen Staaten, denen er, wie er sagte, die Freiheit geschenkt hatte, auf den Leib. Die Völkerschlacht von Leipzig öffnete ihm die Augen. Und als er aus Deutschland fliehen mußte, da gaben ihm die Rheinländer, die er sich besonders verpflichtet glaubte, noch einen besonderen Fußtritt mit nach Hause. Sie schossen ihm mit den Gewehren in den Rücken, die er ihnen selbst gegeben hatte. Der Journalist fragte den Minister, ob Antwerpen nicht ein besonderes Interesse an einer unabhängigen Rheinrepublik haben würde. Antwerpen, antwortete Franck, hat ein besonderes Interesse daran, daß in seinem natürlichen Hinterland ein fester, stabiler Zustand herrscht und keine der Bevölkerung aufgedrängte Staatsform, die alle Keime eines neuen Krieges in sich birgt. Man kann wohl eine Zeitlang die verschiedenartigen Interessen der einzelnen deutschen Landesteile gegeneinander ausspielen, mit einem Scheinerfolg, aber wenn einmal Not an den Mann kommt, wenn einmal alles für den Rachekrieg vorbereitet ist, dann wird es sich wieder zeigen, daß Blut dicker ist als Wasser. Das war 1813 so, als das deutsche Volk eigentlich noch nichts von seiner Einheit wußte. Wieviel sicherer müßte das jetzt eintreten, wo seit fünfzig Jahren ein geeintes Deutschland besteht! — Wenn nun aber eine Volksabstimmung im Rheinland sich für die Loslösung von Preußen aussprechen sollte, fragte der Journalist. Ja, antwortete der Minister, wenn es sich um eine vollständig unbeeinflußte Abstimmung handelte, mit allen dafür notwendigen Garantien, aber davon würden die Vorkämpfer und Freunde einer unabhängigen Rheinrepublik selbst nichts wissen wollen. —

Türkische Probleme

London, den 7. Aug.

(Von unserem Berichterstatter.)

Ismet Pascha wird auf der Rückreise nach Angora einige Tage in Konstantinopel verweilen und mit dem britischen Oberkommissar Sir Charles Harrington über die Formalitäten bei der Räumung verhandeln, die übrigens erst erfolgen soll, wenn der Friede von Lausanne wirklich ratifiziert ist. Die Türken haben eine Kommission eingesetzt, welche unter dem Vorsitz Salah ed Din Paschas mit dem britischen Vertreter die ersten Vorbesprechungen abhalten soll. Die militärische Räumung wird ohne jede Zeremonie erfolgen. Bis auf eine Kompagnie werden alle Truppen schon vor dem Räumungstage auf die Schiffe gebracht werden, und am letzten Tage, an welchem sich die Oberkommissare selbst an Bord begeben, werden diese zusammen die übrigbleibende Kompagnie besichtigen, die ihnen dann gleich folgt. Alles soll vermieden werden, was Demonstrationen seitens der Bevölkerung hervorrufen könnte. Das Amt Mustafa Kemals als Oberbefehlshaber der türkischen Armee erlischt nach der Verfassung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages, es hieß erst, die neue Volksvertretung würde das Kommando vielleicht erneuern, aber es wird jetzt erklärt, daß kein diesbezüglicher Antrag gestellt werden soll.

Über die Pläne Mustafa Kemals verlautet nicht viel, er hat die neuerwählten Abgeordneten für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung nach Angora eingeladen. Dort soll das Programm der neuen Volks- oder Kemalistischen Partei aufgestellt werden. Diese Partei tritt an die Stelle der Partei der Verteidigung der türkischen Rechte in der alten Versammlung. Soviel bisher bekannt ist, wird die Kemalistische Partei sofort nach Zusammentritt der Volksversammlung Änderungen in der Verfassung vorschlagen; die wichtigste von diesen ist, daß die Wahlen nicht mehr wie bisher alle vier Jahre, sondern alle zwei Jahre stattfinden sollen. Ein zweiter Vorschlag will, daß die Nationalversammlung in jedem Jahr mindestens fünf Monate beisammen sein muß. Drittens will man die Bestimmungen über die Erwählung der Minister abgeändert haben, die bisher ausschließlich von der Nationalversammlung ernannt wurden, die Kemalistische Partei will, daß dem Premierminister das Recht zugestanden werden soll, für jeden Ministerposten zwei Kandidaten vorzuschlagen, das sei nötig, um ein homogenes Kabinett zustande bringen zu können. Man erwartet, daß die Nationalversammlung neue Minister ernennen wird, und denkt, daß Kemal Pascha Vorsitzender der Nationalversammlung werden soll.

Die türkische Regierung macht sich Sorgen wegen des Schicksals von 16 000 griechischen Flüchtlingen, welche in Lagern in der Nähe von Konstantinopel untergebracht sind. Diese wurden bisher von der amerikanischen Hilfsorganisation unterhalten, die aber jetzt erklärt hat, nach dem 15. August keine Nahrungsmittel mehr liefern zu können. Die griechische Regierung hat eine Note an die türkische gesandt, und sie für das Schicksal dieser Leute verantwortlich gemacht. Dabei ist es nicht möglich, sie schnell nach Griechenland zu bringen, weil die griechischen und türkischen Transportschiffe alle infolge der Demobalisation in Anspruch genommen sind.

Verräter an der Arbeit

Das sogenannte „Deutsche Friedenskartell" veröffentlicht einen Aufruf gegen die deutsche Notwehr an der Ruhr, dem wir folgendes entnehmen.

„Verantwortungslose, zum größten Teile aus dem unbesetzten Gebiet zugereiste Elemente verüben unausgesetzt **die schwersten Verbrechen gegen deutsches Eigentum, sie sprengen in die Luft, was deutsche Arbeit in langen Jahrzehnten kunstvoll aufgebaut hat und gefährden dabei dauernd deutsche Menschenleben.**

Kann es z. B. etwas Wahnwitzigeres geben als das Bombenattentat im Wiesbadener Hauptbahnhof, dem zwei Deutsche zum Opfer fielen?"

„In unzähligen Kundgebungen hat die Bevölkerung des besetzten Gebietes erklärt, daß sie den aktiven Widerstand **verabscheue. Deshalb rufen wir alle Volksgenossen auf, der Verherrlichung des aktiven Widerstandes und seiner vermeintlichen Heldentaten entgegenzutreten. Deshalb fordern wir von der Reichsregierung, daß sie endlich unzweideutig alle Sabotageakte als Verbrechen am deutschen Volke brandmarkt und sämtliche Behörden zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die Saboteure anweist.**

Soll in der Welt der Einmarsch in das Ruhrgebiet als ein Akt der Gewalt und demgegenüber der deutsche Widerstand als ein Kampf des Rechts dastehen, so dürfen wir uns nicht der Gewalt bedienen. Gewalt bringt auf keiner Seite eine Lösung, sondern nur immer neuen Haß und neue Rache.

Darum fort mit der Vernichtung wertvollen deutschen Eigentums! Fort mit einer Kampfmethode, die auf der gleichen niedrigen Stufe der brutalen Gewalt steht! Fort mit der Verherrlichung von Untaten, die zu immer neuer Bedrückung der eigenen Volksgenossen am Rhein und Ruhr führen!

Deutsches Friedenskartell."

Ein feines Blatt

In Nr. 165 der „M. N. N." war ein mit * bezeichneter Artikel erschienen, der aus der Feder des Dr. Gerlich stammte. In ihm kam folgender für die „M. N. N." bezeichnender Satz vor:

„Ein dumpfes Raunen geht durch das Volk, und es gärt in breiten Massen. Während weite Volkskreise — namentlich die älteren Leute und die Frauen — in stumpfer Apathie dahinsiechen, ist andernorts den gefährlichen Kreisen politischer Gelegenheitsmacher das Ohr nur allzu willig geöffnet. Links- und Rechtsbolschewisten finden mit ihren Lehren, mit ihren Anklagen und staatszerstörenden Forderungen Gehör in weiten Kreisen, die ihnen in ruhigeren Zeiten verschlossen blieben."

Ein Leser richtete nun an Herrn Dr. Gerlich, den er persönlich nicht kannte, ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Geehrter Herr Doktor! Sie haben sich in einem Artikel * des Ausdrucks ‚Rechtsbolschewisten' bedient, den Sie aus der „M. Post" oder sonstigen roten Blättern entlehnt haben. Früher begnügten Sie sich noch mit der Bezeichnung ‚Rechtsultras'. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was Sie unter Rechtsbolschewisten verstehen. Sind damit die Deutschvölkischen, die vaterländischen Kampfverbände und die Nationalsozialisten gemeint? Wenn ja, dann wäre unser Nationalheld Schlageter Rechtsbolschewist gewesen.

Hochachtungsvollst!

H."

Nach etwa vier bis fünf Tagen erhielt er ein Antwortschreiben, gez. vom Chefredakteur der „M. N. N." Es lautete:

Herrn

Major a. D. H. H.

München.

Sehr geehrter Herr Major!

Auf Ihre, an unseren Herrn Dr. Gerlich, der seit Wochen in Urlaub ist, gerichtete Anfrage erwidern wir Ihnen folgendes:

Sie machen sehr richtig den Unterschied zwischen Rechtsultras und Rechtsbolschewisten. Wir verstehen unter den letzteren bewußte Verräter an der nationalen Sache und jene Leute, die glauben, durch unbesonnene Terrorakte der Nation oder einzelnen Gruppen einen Dienst zu erweisen. Weder Rechtsparteien noch vaterländische Verbände können unseres Erachtens durch diese Bezeichnungen sich getroffen fühlen.

Hochachtungsvoll

Chefredaktion der

Münchner Neuesten Nachrichten

Der Chef vom Dienst: Reineck.

Am 26. Juni antwortete er mit Nachstehendem der Redaktion:

An die verehrliche Redaktion der „M. N. N."!

Auf ihre geehrte Zuschrift vom 22. Juni erlaube ich mir noch Nachstehendes zu bemerken: Es ist durchaus nicht richtig, daß ich in meinem Schreiben einen Unterschied zwischen Rechtsbolschewisten und Rechtsultras machte (es hieß: früher begnügten Sie sich mit dem Ausdruck Rechtsultras, nunmehr gebrauchen Sie den aus roten Blättern entlehnten Ausdruck Rechtsbolschewisten).

Ihre Erklärung, wie Sie das Wort Rechtsbolschewisten ausgelegt wissen wollen, stimmt nicht mit dem überein, was in dem bewußten Zeitungsartikel geschrieben steht. Es heißt dort: „Links- und Rechtsbolschewisten finden mit ihren Lehren und Anklagen und staatszerstörenden Forderungen Gehör" usw. — Nunmehr sollen Rechtsbolschewisten nur solche sein, die Terrorakte begehen wollen.

Ihre Erklärung ist also geschraubt, auch ist das ihr nicht zu entnehmen,

---

128 **Oliver Twist**

Roman von Charles Dickens

„Das ist keine Entschuldigung", versetzte Herr Brownlow. „Sie waren gegenwärtig, als diese Kleinodien unwiderbringlich beiseite geschafft wurden, und sind daher in den Augen des Gesetzes sogar der schuldigere Teil, da in solchen Fällen angenommen wird, Ihr Weib hätte unter Ihrer Leitung gehandelt."

„Wenn das Gesetz etwas solches annimmt," erwiderte Herr Bumble, indem er seinen Hut mit den Händen zerknüllte, „so ist das Gesetz ein Esel — ein Dummkopf. Wenn das Gesetz mit solchen Augen sieht, so ist es ein Junggeselle, und ich wünsche ihm das Schlimmste, nämlich, daß ihm die Augen durch Erfahrung aufgehen mögen — ja, durch Erfahrung!"

Herr Bumble legte einen großen Nachdruck auf die Wiederholung dieses Wortes, drückte seinen Hut fest auf den Kopf, steckte die Hände in seine Taschen und folgte seiner trauten Hälfte die Treppe hinunter.

„Junge Dame," sagte Herr Brownlow, sich an Rosa wendend, „geben Sie mir Ihre Hand. Zittern Sie nicht: Sie brauchen sich vor den wenigen Worten, die uns noch zu sagen verbleiben, nicht zu fürchten."

„Wenn Sie — ich weiß zwar nicht, wie dies möglich wäre —, aber wenn Sie irgendeine Beziehung auf mich haben," versetzte Rosa, „so bitte ich, dieselbe mir ein andermal mitzuteilen. Ich habe jetzt weder Kraft noch Mut genug, sie anzuhören."

„Pah!" erwiderte der alte Herr, ihren Arm in den seinigen legend, „ich bin überzeugt, Sie haben mehr Festigkeit, als Sie selbst glauben. Kennen Sie diese junge Dame, Sir?"

„Ja", erwiderte Monks.

„Ich habe Sie früher nie gesehen", sagte Rosa leise.

„Aber ich Sie zu öfteren Malen", versetzte Monks.

„Der Vater der unglücklichen Agnes hatte zwei Töchter", entgegnete Herr Brownlow. „Was war das Schicksal der zweiten — des Kindes?"

„Das Kind", fuhr Monks fort — „wurde, als der Vater an einem fremden Ort unter einem angenommenen Namen starb, ohne etwas Schriftliches zurückgelassen, das seinen Freunden oder Verwandten hätte auf die Spur helfen können, von armen Landleuten aufgenommen, welche es als ihr eigenes aufzogen."

„Weiter", sagte Herr Brownlow, indem er Frau Maylie winkte, näher zu treten. „Weiter!"

„Sie konnten den Ort, wo diese Leute hinzogen, nicht auffinden", sprach Monks weiter; „aber wo die Freundschaft irre geht, erzwingt sich oft der Haß einen Weg. Meine Mutter entdeckte ihn, nachdem sie ein Jahr lang aufs emsigste nachgespürt hatte — ja, und fand auch das Kind."

„Sie nahm es zu sich, nicht wahr?"

„Nein. Die Leute waren arm, und begannen — wenigstens war dies bei dem Manne der Fall — ihrer sauberen Menschenfreundlichkeit müde zu werden. Sie ließ es dort, machte ihnen ein kleines Geschenk an Geld, womit sie keine weiten Sprünge machen konnten, und versprach ihnen weitere Unterstützung, welche sie aber nie zu schicken im Sinne hatte. Sie hielt jedoch die Armut und Unzufriedenheit nicht für zureichend, um das Mädchen recht unglücklich zu machen, und erzählte daher seinen Pflegeeltern die Geschichte von der Schande seiner Schwester mit Veränderungen, wie sie ihr passend schienen, bat sie, auf das Kind recht achtzuhaben, denn es stamme aus einer schlechten Familie, und fügte bei, es wäre ein uneheliches, von dem man sicher wenig Gutes erleben werde. Die Umstände standen damit in keinem Widerspruch, und die Leute glaubten alles. Das Mädchen wurde dabei elend genug behandelt, daß selbst wir damit zufrieden sein konnten, bis einmal eine verwitwete Dame, die damals in Chester wohnte, zufälligerweise desselben ansichtig wurde, und es aus Mitleid zu sich nahm. Der Teufel war gegen uns im Spiele, denn trotz aller unserer Bemühungen blieb es dort und war glücklich. Ich verlor sie vor zwei oder drei Jahren aus dem Gesichte und sah sie erst vor einigen Monaten wieder."

„Sehen Sie sie jetzt?"

„Ja — an Ihrem Arme."

„Aber, demungeachtet, meine Nichte —" rief Frau Maylie, das ohnmächtig dahinsinkende Mädchen mit ihren Armen auffassend — „demungeachtet, mein liebes Kind! Ich möchte Sie jetzt nicht um alle Schätze der Welt verlieren. Meine süße Gefährtin, mein eigenes, liebes Mädchen."

„Sie sind die einzige Freundin, die ich je hatte", weinte Rosa, sich an sie klammernd — „die gütigste, die beste aller Freundinnen. Mein Herz will brechen. Ich kann — ich kann — so viel auf einmal nicht tragen."

„Du hast noch mehr getragen und bist doch immer das beste und edelste Wesen gewesen, das je Glück über seine ganze Umgebung verbreitete", fügte Frau Maylie, sie zärtlich umarmend. „Komm zu dir, komm zu dir, meine Liebe, und erinnere dich des armen Knaben, der dir in die Arme fliegen will — sieh hier — sieh, meine Liebe."

„Nicht Tante!" rief Oliver, seinen Arm um ihren Nacken schlingend. „Ich will sie nicht Tante nennen — Schwester, meine liebe Schwester, die von Anfang an mein Herz mich so innig lieben lehrte — Rosa — teure Herzensrosa!"

Mögen die Tränen, welche jetzt flossen, und die abgebrochenen Worte, welche in der langen, brünstigen Umarmung zwischen den beiden Waisen gewechselt wurden, geheiligt sein. Ein Vater, eine Schwester und eine Mutter waren in diesem einzigen Augenblick gewonnen und verloren. Freude und Schmerz mischten sich in denselben Becher, aber die Tränen waren nicht bitter, denn selbst der Schmerz erschien gemildert und in so süße und zarte Erinnerungen gekleidet, daß er zu einer heiligen Wonne wurde und alle seine Herbe verlor.

Sie blieben lange — lange allein. Ein leises Pochen an der Tür kündigte endlich an, daß jemand außen sei. Oliver öffnete, schlüpfte hinaus und machte Heinrich Maylie Platz.

„Ich weiß alles!" sagte er, sich an der Seite des lieblichen Mädchens niederlassend; „ich weiß alles, teuerste Rosa!"

„Ich bin nicht aus Zufall hier", fuhr er nach einer langen Pause fort, „und habe alle Vorgänge dieses Abends bereits gestern — schon gestern gewußt. Errätst du wohl, daß ich komme, um dich an mein Versprechen zu erinnern?"

„Halt!" versetzte Rosa — „du weißt alles?"

„Alles! Du gabst mir die Erlaubnis, im Verlaufe eines Jahres den Gegenstand unseres letzten Gespräches wieder in Anregung zu bringen."

„Ich tat es."

„Nicht um dich zu drängen, deinen Entschluß zu ändern," fuhr der junge Mann fort — „sondern nur, dich ihn wiederholen zu hören, wenn du noch derselben Ansicht wärest. Ich sollte meine Stellung oder Glücksgüter — was ich auch immer dann besitzen möchte — zu Füßen legen dürfen, und verpflichtete mich, weder durch Wort noch durch Tat, deinen Entschluß wankend zu machen suchen, wenn du auf demselben beharren wolltest."

„Dieselben Beweggründe, die mich damals bestimmten, werden mich auch jetzt leiten," entgegnete Rosa mit Festigkeit. „Wenn ich je meine Verpflichtungen gegen Sie fühlte, deren Güte mich einem Leben von Elend und Leiden entriß, wann sollte ich es lebhafter empfinden, als diesen Abend? Es ist ein Kampf," fuhr Rosa fort, „aber ein Kampf, den ich stolz bestehe; es ist ein Schmerz, den mein Herz zu ertragen imstande sein wird."

„Die Aufklärungen dieses Abends —" begann Heinrich.

„Die Aufklärungen dieses Abends —" fiel ihm Rosa sanft ins Wort — „lassen mich dir gegenüber in derselben Lage, in welcher ich mich vorhin befand."

„Du verhärtest dein Herz gegen mich, Rosa?" entgegnete Heinrich flehend.

(Fortsetzung folgt)

ob die bösen Nationalsozialisten und mit ihnen Schlageter als Rechtsbolschewisten anzusprechen wären.

Sie dürfen versichert sein, daß die Demokratische Partei, deren Paladine (Dr. Peters, Dr. Pius Dirr, Dr. Luppe usw.) in letzter Zeit ihre undeutsche Weisheit in Versammlungen unter dem Schutze der roten Garde der Novemberverbrecher zu verzapfen beliebten, nie und nimmer imstande sein wird, unser armes Vaterland aus Schimpf und Schande jüdisch-marxistischer Versumpfung und vom Joch des Auslandes zu befreien. Solche Taten können, wenn sie bei der fürchterlichen Verblendung unseres Volkes überhaupt noch möglich sind, nur von Deutschvölkischen, nur von Männern von glühender Vaterlandsliebe, Opfermut und Fanatismus vollbracht werden. Sie müssen vollbracht werden, wenn die Befreiung kommen soll, **und sei es unter Terror.**

Ich möchte ganz unmaßgeblichst den „M. N. N.", die immerhin eine ganz stattliche Anzahl von deutschvölkisch Gesinnten als Abonnenten hat, in ihrem eigensten Interesse raten, den verletzenden Ausdruck „Rechtsbolschewisten" nicht mehr zu gebrauchen und die recht unsympatische Bezeichnung „Rechtsultras" zu unterlassen.

Hochachtungsvoll H.

Eine Antwort habe ich bislang auf obiges Schreiben noch nicht erhalten.

Frankfurter Hohn

Mit der „Frankfurter Zeitung" haben wir uns schon öfter beschäftigen müssen; ihre Betrachtung anläßlich des Rücktrittes von Dr. Cuno ist wiederum wert, nicht vergessen zu werden. Im Montag-Abendblatt stellt sich das Blatt der jüdischen Hochfinanz offen auf die Seite der Sozialdemokratie und erklärt, daß, wenn man es den bürgerlichen Parteien überlassen hätte, eine neue Regierung zu bilden, so wäre man in eine völlig unhaltbare Lage gekommen. Nun ist nicht zu vergessen, daß die Frankfurter Zeitung auf dem Boden des Parlamentarismus steht, d. h. auf dem Prinzip der Anerkennung der Majorität. Nun haben die sogenannten bürgerlichen Parteien im deutschen Reichstag tatsächlich eine Stimmenmehrheit. Es ist also gar nicht einzusehen, warum plötzlich eine antimarxistische Regierung so unhaltbar sei. Die ganze Sache ist aber natürlich verständlich, denn die „Frankfurter Zeitung" muß ja die Herrschaft der Marxisten als Vorbereitung für die kommende unbeschränkte Judendiktatur ansehen und sie nach Kräften unterstützen. Ähnlich war es in den Novembertagen 1918. Da berichtete die „Frankfurter Zeitung" von den Meutereien in Kiel, fügte aber sofort hinzu, daß diese Aufstände nicht unterdrückt werden dürften, wenn sie sich nicht über das ganze Reich erstrecken sollten. So lähmte die „Frkf. Ztg." auch damals jeden deutschen Widerstand.

Dabei tut sie natürlich höchst objektiv. Sie erklärt sogar, wenn man unter den Völkischen Leute sähe, die tüchtige Kerle wären, und eine brauchbare Idee hätten, so sollte man sie um Gotteswillen zu Ministern machen. Wir können verstehen, daß die Gedanken, welche wir vertreten, für die Hintermänner der „Frankf. Ztg." nicht brauchbar sind. Und dann kommt etwas Ungeheuerliches: Uns wird einfach die Schuld am ganzen Ruhrkonflikt zugeschoben! Die „Frankf. Ztg." schreibt: „Cuno hatte vor allem die eine große Aufgabe, den Ruhrkonflikt einem Deutschland günstigen oder wenigstens erträglichen Ende zuzuführen und bis dahin den passiven Widerstand ruhig zu fundieren. **Dabei lassen wir schon die Frage beiseite, ob dieser Konflikt nicht hätte überhaupt vermieden werden können.** Es spricht viel dagegen, daß die geringe Kohlenmenge die an den uns auferlegten Lieferungen fehlte, und die berühmten Telegraphenstangen, die wir schuldig geblieben, ausschlaggebend gewesen sind." Also mit anderen Worten: Der Einbruch der Franzosen wäre abwendbar gewesen, wenn Deutschland politisch seine vollständige Unterwerfung erklärt, und alles unterschrieben hätte, was ihm von Paris aus auferlegt wurde. Das Lob Wirths und Rathenaus, das gleich darauf folgt, ist bezeichnend für diesen Gedankengang. Der arme Dr. Cuno aber wird gleich darauf mit echt jüdischem Hohn überschüttet und ihm gesagt, ein „energischer, innerlich freier Mann" hätte anders gehandelt als der gewesene Reichskanzler. Aus allen diesen Worten und zwischen allen diesen Zeilen spritzt eine solche Menge Niedertracht heraus, wie sie nur aus kaum verhaltenem Triumph über einen neuen Erfolg der jüdischen Börsensache zu erklären ist. Der Weg wird immer freier und Stresemann-Hilfering sind die Wegbereiter für die kommende Herrschaft der Hintermänner der „Frankfurter Zeitung".

Dr. Heims Judenschule

Dr. Heim ist ein „Realpolitiker", der allen Unrealitäten abhold ist. Und als er für seine Zentralgenossenschaft Geld brauchte, ging er zur größten Judenbank Deutschlands, zur Deutschen Bank, um sich dort den nötigen Kredit zu holen und neben den Juden zu arbeiten und von den Juden zu lernen.

Und siehe da: die Juden und ihre Gesinnungsfreunde hatten das richtige **Verständnis für den Realpolitiker** Dr. Heim, **indem sie ihn in den Aufsichtsrat schickten. Er selbst schreibt** darüber in seinem Sermon zur Einleitung **„seiner" Bauern im Bauernblatt:**

„Wir waren auch der Deutschen Bank sehr dankbar dafür, daß sie uns in der Verwaltung der Bank Sitz und Stimme einräumte, wodurch es mir möglich wurde, die Interessen der Genossenschaft in geeigneter Weise zu vertreten und zu fördern. Ich muß ein großes Unternehmen, wie unsere Genossenschaft ist, nach großen Gesichtspunkten leiten, und so werde ich auch immer handeln, solange ich die schwere Verantwortung trage."

Inzwischen ist der Geschäftsbericht der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 1922 erschienen, der bereits anderweitig im „V. B." beleuchtet wurde. Auf Seite 11/12 des Berichtes sind die Aufsichtsräte namentlich aufgeführt. Unter 60 Vertretern der verschiedensten Rassen, Nationen und Parteien wird auch Dr. Heim in lieblicher Eintracht aufgeführt. Auf Seite 24 des Berichtes heißt es dann bei Verteilung des aus der deutschen Wirtschaft im Jahre 1922 herausgezogenen Kapitals unter anderem: Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Aufsichtsrates 178 237 000 M.

Somit treffen auf einen Aufsichtsrat durchschnittlich 2 970 616 M. für seine schwere Tätigkeit, bei der er einige Male im Jahre 1922 Berlin besuchen, dort einer kurzen Sitzung anwohnen und gleichzeitig standesgemäßen Ersatz der baren Auslagen für diese Tätigkeit einstecken konnte.

Wir haben bisher noch nicht gewußt, daß es üblich ist, von demjenigen, gegen den man etwas zu vertreten hat, auch noch dafür bezahlt zu werden. Aber man lernt nie aus. Dr. Heim schreibt ja von sich, daß „wir der Deutschen Bank sehr dankbar waren", die ihm Gelegenheit geboten hat, die Interessen der Genossenschaft in geeigneter Weise zu vertreten und zu fördern. Wir glauben es und glauben auch, daß der satzungsgemäße Gewinnanteil von nahezu 3 Millionen für einen Aufsichtsrat diese Dankbarkeit gewiß nicht getrübt hat oder trüben wird, selbst wenn er noch höher werden sollte.

Jetzt verstehen wir aber erst recht seine Entrüstung über seine politischen Gegner, wenn er sagt:

„Das Geschrei dieser Agitatoren und Hetzer, die an wirtschaftlicher Arbeit für die Bevölkerung heute noch nicht das geringste geleistet haben, hat unsere Genossenschaft und mich nicht davon abhalten können, die Wege zu gehen, die uns für Fortführung unseres segensreichen Unternehmens für notwendig und geeignet erschienen."

Wer sich die Riesensummen der Deutschen Bank ansieht und bedenkt, wie sie aufgebracht wurden, der versteht es, wer die Bevölkerung ist, für die die von Dr. Heim angegriffenen Agitatoren und Hetzer an wirtschaftlicher Arbeit noch nichts geleistet haben. Es klingt dabei wie Ironie, wenn Pfarrer **Weigert** sein vorzügliches Bauernbuch „Bauer, es ist Zeit", dem bayerischen Bauernführer Herrn Geheimen Landesökonomierat Dr. Gg. Heim widmet und in demselben den Bauernspruch zitiert: „Schaut der Jud zum Fenster 'raus, kommt der Bauer bald vom Haus, d. h. wer mit dem Juden auf vertrautem Fuße steht, der ist ihm verfallen. Und nicht mit Unrecht."

Aber Dr. Heim ist nicht bloß Realpolitiker, sondern er stellt sich auch auf den „Boden der gegebenen Tatsachen". Und danach braut er sich einen eigenen **Antisemitismus zusammen, worüber** er sagt:

„Es gibt einen berechtigten Antisemitismus, der sich nicht allein auf Juden erstreckt, sondern das ist die Bekämpfung der uneingeschränkten Gewinnsucht und des Wuchergeistes. Die beste Abwehr gegen diesen Geist, der nicht nur in Juden, sondern leider auch in Christen lebt, ist das Genossenschaftswesen. Was hier in ruhiger, stiller Aufklärungsarbeit Tag für Tag und Jahr für Jahr geschieht, davon haben die blöden Maulantisemiten, die nichts wie Sprüche machen können, überhaupt keine Ahnung. Das ist vernünftiger Antisemitismus. Das ist Abwehr durch Selbstschutz gegen den Geist des Wuchers und das ist erzieherische, allerdings mühevolle Arbeit. Und das andere ist verführende, irreleitende und irreführende Arbeit, irreführendes Geschwätz, das allerdings weniger Mühe fordert — denn zum Worte machen gehört nicht viel — und die Menschheit verdummt."

Dies sagt derselbe Dr. Heim, der öffentlich erklärt, sich nicht zu schämen, neben den Juden zu arbeiten und von den Juden zu lernen. Es ist dem Juden sicher vollständig gleichgültig, wie er zum Arbeitsertrag der produktiv Arbeitenden kommt. Ja, es ist für ihn sogar bequemer und ungefährlicher, wenn andere, nicht zu seiner Rasse Gehörige für ihn den Schmuser machen. Er hat dann auch eher die Möglichkeit, die Wut der Bewucherten auf die Schmuser abzulenken. Das besorgt er gründlich.

Nach der eigenen Erklärung Dr. Heims sind seit 1922 sämtliche landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht mehr in der Lage, mit eigenem Kapital ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb brauchen die Genossenschaften, wie auch Dr. Heims Zentralgenossenschaft, Kredit, den sie nur bei den Banken decken können. Die Banken sind aber die vorzüglichsten Werkzeuge der Juden zur Auswucherung des Volkes.

So erleben wir das Schauspiel, daß die Juden nicht mehr einzeln zum einzelnen Bauern zu gehen brauchen, um beim Fenster 'rauszuschauen, sondern daß sie gemeinsam die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Krallen bekommen, um die Bauern samt und sonders in der Tasche zu haben.

Denn die ungeheuren Zinsprozente für die von den Juden und ihren Helfershelfern zu Papier gebrachten, immer größer werdenden Leihsummen müssen irgendwo wieder herausgewirtschaftet werden, sei es durch Preisdrückung beim Erzeuger, oder sei es durch Lohndrückung bei den Arbeitnehmern, oder sei es durch Preiserhöhung bei den Verbrauchern. Die Hauptsache ist nur die, daß die Zinssummen herauskommen.

Dafür ist die Ausgabe von etwa 3 Millionen Mark Tantiemen für solche, die sich nicht schämen, neben den Juden zu arbeiten und von den Juden zu lernen, gut angelegtes, tausendfach sich rentierendes Reklamekapital, namentlich wenn es sich um Parteigrößen handelt, weil auf diese Weise die ganze Partei ungefährlich wird. Sind doch diejenigen, die sich dazu mißbrauchen lassen, in erster Linie gezwungen, dieses Gebaren zu verteidigen, weil sie sonst dessen Unrecht eingestehen und folgerichtig bekämpfen müßten.

Darin liegt die Schlauheit der Juden: Zuerst wird das als Objekt ihres Wuchers ausersehene Volk mit anderen Dingen beschäftigt, während die Juden den nötigen Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen suchen. Ist dann die Gesetzgebung, wie bei uns in Deutschland, zu ihren Gunsten ausgestaltet, dann werden die „Führer" des Volkes auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt und in ihnen die subjektive Überzeugung geweckt, daß die Tatsachen dem Gesetz entsprechen und deshalb sittlich einwandfrei sind, wenn sie auch objektiv unsittlich sind.

Aufsteigende Skrupeln werden durch materielle Interessierung beschwichtigt. So werden diejenigen, die Führer des Volkes sein und bleiben sollten, in goldene Ketten gelegt, sie werden unfrei.

Ein Amerikaner sagte einmal auf die Bitte, zum Wahlfonds einen entsprechenden Beitrag zu leisten: „Ich kaufe mir keine Wähler, sondern die Gewählten", wobei er sicher nicht daran dachte, diesen Kauf der Gewählten in der plumpen Art zu machen, daß der Gekaufte von dem Kaufe etwas merkte.

Zeichen der Zeit

In den „Akademischen Monatsblättern", dem Organ des Kartellverbandes der katholischen Studentenvereine Deutschlands, Nr. 8—10 vom 20. Juli 1923, steht unter den „Beschlüssen und Resolutionen des Philistertages in Köln vom 29.—31. Juli 1922" unter 5 folgende erbauliche Bemerkung: „Den aktiven Vereinen unseres Verbandes wird empfohlen, im Hochschulring deutscher Art mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß Theorie und Praxis des Hochschulringes im Einklang mit unseren Grundsätzen stehen und in der Erwartung, daß unsere Grundsätze gebührend zur Geltung kommen. Bestehende Zweifel und Unklarheiten bezüglich der Haltung des Hochschulringes oder einzelner Organe sind durch Fühlungnahme mit dem Führerausschuß baldigst zu klären. Parteipolitischen u. „deutschvölkischen" Bestrebungen ist mit aller Kraft entgegenzutreten."

*

Wer diejenigen sind, die in der Notlage der heutigen Zeit, den größten Teil der Kurgäste in unseren Bädern stellen, zeigt folgender Vorfall:

In Bad Liebenstein fand am Sonntag, den 29. Juli, im Hotel „Königin Olga" ein „Ruhr- und Rheinabend" statt. Auch einige Angehörige der dortigen Bruderschaft des Jungdeutschen Ordens nahmen daran teil und trugen neben dem Ordenskreuz auch das Hakenkreuz. Scheinbar hatte dieses das Mißfallen einiger „jüdischer Mitbürger" erregt, denn die betreffenden Ordensbrüder erhielten ein Schreiben der Direktion, welches lautete:

„Im Interesse der Harmonie des Abends wird gebeten, das Hakenkreuz abzulegen."

Ruhr- und Rheinhilfe.

Hinzuzufügen ist noch, daß einige Tage zuvor sich Gäste dieses Hotels über einige dort anwesende Ruhrflüchtlinge lustig gemacht hatten.

Das Trauerspiel Mitteleuropas

Von Knud Flemming.

London, 8. August 1923.

Unter diesem Titel ist soeben aus der Feder Ellis Ashmead Bartletts ein Buch erschienen, das die große Aufmerksamkeit verdient, die es hier in London erregt. Der Verfasser, „Kriegsberichterstatter" größten Stiles, wurde im Januar 1919 von dem Besitzer des „Daily Telegraph", Lord Burnham, geb. Levi-Lawsen, nach Wien und Budapest geschickt. Er kannte den Balkan seit langem genau; schon 1912/13 hatte er dort, und zwar in Konstanza, als Sekretärdolmetscher einen rechtgläubigen Juden Isaak Goldman, russischer Staatsangehörigkeit, dessen Haupteigenschaft neben seinen Sprachkenntnissen und allgemeiner Geschäftstüchtigkeit

„die fähigste Begabung war, die Unterwelt des nahen Ostens vermittelst dieser geistigen oder telepathischen Freimaurerei auszuloten, die die Juden nun einmal besitzen..." (S. 66.)

Es ist also ohne weiteres klar, daß Bartlett durchaus nicht als Antisemit anzusprechen ist: wären weitere Beweise nötig, um seine Wohlgesinntheit den Juden gegenüber zu erbringen, so sei hier seine liebevolle Schilderung des Zerkovitch (S. 71 ff.) erinnert, den er alsbald als reizendes Lümpchen charakterisiert, an seine vielen Einladungen, die er von reichen Juden annahm, und an seinen grundlosen Haß gegen Deutschland. Um so bemerkenswerter ist es, wenn er anscheinend kein gutes Haar an den „kleinen" Juden läßt, die er als die Träger der Revolutionen schildert, wogegen er die großen Juden in den

Germania irredenta

Von Kurd Schrader.

Das Reich ist zerrissen, **das Reich ist** zerfetzt, / **In berstende Trümmer** zerfallen, / **Verkauft und verraten, versklavt und verhetzt, / Entehrt und entrechtet, vom Feinde besetzt, / Erniedrigt zum Knecht und Vasallen, / Und gierige Geier umklammern den Rest / Von Norden und Süden, von Ost und West / Mit blutigen, lüsternen Krallen.**

Doch jenseits der **Grenzen, die Willkür und Wut, / Die List und Verleumdung gezogen, / Verschmachten von unserem Geschlechte und Blut / Die Brüder und Schwestern, mit Habe und Gut / Um Heimat und Hoffnung betrogen; / Dem Boden entwurzelt, dem alle entstammt, / Geächtet, geknechtet, zu Ketten verdammt, / Verschachert, geraubt und belogen.**

Dem Arme der Mutter entrissen das Kind / Begierde und frevles Vermessen! / Nun weint es die suchenden Augen sich blind, / Vertraut seine Klagen dem eilenden Wind, / Von Sehnsucht und Kummer zerfressen; / Dem Vaterhaus fern, in der Fremde verwaist, / Doch nah uns im Herzen und nah uns im Geist, / Verlassen, doch niemals vergessen!

Denn, ob man euch raubte mit diebischer Hand, / Wie's Frankreich und England befohlen, / Ihr seid nicht vergessen, mein Danziger Strand, / Mein Schleswig, mein Elsaß, mein schlesisches Land, / Mein deutsches, mein preußisches Polen! / Du bist nicht vergessen, mein deutsches Tirol, / Das treulos der Judas in Roms Kapitol / Voll Falschheit und Undank gestohlen!

Wir lassen euch nicht, wir vergessen euch nicht. / Und liegen wir selbst auch danieder! / Wir halten euch Treue in Ehr' und Pflicht. / Denn Mitleid und ewige Liebe umflicht / Wie Ketten den Leib und die Glieder! / Habt Mut nur, ihr Schwestern, ihr Brüder, Geduld! / Noch rächte auf Erden sich jegliche Schuld... / Wir holen, wir holen euch wieder!

Tristan und Isolde

Am Montag abend ging dies Stück von Liebe, Einsamkeit und Tod über die Bühne des Prinzregententheaters. In Venedig war es, als Wagner die Kernstücke des „Tristan" schrieb. Inmitten von Samt und Seide, umgeben von italienischer Pracht, schrieb er dieses Werk so recht mit seinem Herzblut. An die Isolde seines Lebens — Mathilde Wesendonk — richtete er von dort Briefe tiefster Verzweiflung und sagte, die vor dem Palast gurgelnden dunklen Wasser hätten ihn oft gelockt, ein Ende zu machen...

In keinem Werke Wagners stehen sich Liebe — das Bewußtsein der Zweiheit — und schicksalhafte Einsamkeit so unmittelbar gegenüber wie im Tristan. Die vier Höhepunkte des Dramas sind wohl deshalb von einer Unmittelbarkeit, wie es — meinem Erlebnis nach — kein anderes auswirkt. Zuerst, als das Liebeserlebnis der sich dem Tode Weihenden eintritt, das plötzliche Erleben vom Tode weg der gemeinsamen Liebe zu, da versagt das menschliche Wort und tief von unten quellen jene beseligenden Töne, die uns ein Drama vermitteln, das keine Worte nennen können. Dann jene so unsagbar tiefe Stelle, da König Marke den Verrat des „Treuesten der Treuen" entdeckt, wo er aber in tiefster Seele fühlt, daß dieser Verrat doch kein Betrug ist, und wo er dennoch ratlos vor dem Schicksal steht. Und als nach seiner Frage von Tristan die Antwort kommt: „Das kann ich dir nicht sagen", da schweigt wieder der Mund, und rätselhaft erklingt die Musik aus der Tiefe, fragend und doch lösend. Die Einsamkeit des Menschen, die Erkenntnis, daß unerklärliche Abgründe in nicht lösbare Schicksalsfragen führen, sie tritt hier plötzlich in Erscheinung. Der unerklärliche Urgrund unserer Handlungen wird nicht analytisch entwickelt, er wird nicht synthetisch „erklärt", sondern als Rätsel hingestellt und erlebt. Diese Einsamkeit des Menschen ist im eminentesten Sinne modern empfunden; in dieser Form stellten die Menschen vor hundert Jahren nicht das Problem hin, deshalb ist der Tristan eines jener Werke, die unaustilgbar hinüberweisen in die kommende Zukunft. Denn die moderne Seele ist kaum geboren; sie kämpft noch gegen einen Geist, dem gegenüber Wagners Werk ein einziger Protest gewesen ist.

Zum dritten Mal erreicht die quälende Einsamkeit einen Höhepunkt in der Sehnsucht des todwunden Tristan. Während Wagner die einsame Persönlichkeit in den „Meistersingern" als Kontrast zwischen Hans Sachs und dem jubelnden Volk darstellte, zeichnet er im Tristan mit übereinstimmenden Mitteln: der nackte schroffe Felsen, der ewige Himmel, die unendliche See, und aus der Tiefe ein Ton, die Hirtenflöte. Wie nun Tristan in höchster seelischer Erregung nach ihr ruft, quälend nach ihr verlangt, tönt ihm dieser Flötenton weltabgeschiedener Einsamkeit entgegen...

Und dann kommt Isolde. Tristans letztes Wort, ihr Name, und Isoldes Liebesverklärung gehören zu dem Ergreifendsten, was abendländische Kunst hervorgebracht hat. Sie beschließen den großen Sang von Freiheit und Einsamkeit, Liebe und Tod.

Die Aufführung war fast durchweg herrlich. Nach einigen Unsicherheiten im ersten Akt steigerten Fr. Englerth (Isolde) und Wolf (Tristan) ihr Spiel zur Vollendung, namentlich bestand Wolf den 3. Akt (den Prüfstein für einen Tristan) glänzend und übertrug hypnotisch die Qualen des Todwunden auf die Zuhörer. Herrlich waren wie immer Sigrid Onegin als Brangäne und Paul Bender als König Marke. Das Orchester spielte unter Hans Knappertsbuschs Leitung einfach wunderbar, und namentlich der zweite und dritte Akt waren von unnachahmlicher Plastik.

Wie eine Vision verdunkelte sich die Szene über den beiden Toten und gramerfüllt und weltverstehend stand im Schatten der Nacht zu ihren Füßen der große König Marke. Die Musik war nur noch flutende, weltentfliehende Atmosphäre.

Dann schloß sich der Vorhang über Richard Wagners größtem Werke.

Alfred Rosenberg.

Besetzung der Münchener Festspiele in den Hauptpartien für die Aufführungen vom 15. mit 22. August. „Parsifal" (15. August): Musikalische Leitung: Knappertsbusch; Regie: Hofmüller. Amfortas — Rode, Titurel — Gieß, Gurnemanz — Bender, Parsifal — Reinfeld, Klingsor — Kleßner, Kundry — Gentner-Fischer a. G. „Salome" (17. August): Musikalische Leitung: Knappertsbusch; Regie: Wirk. Herodes — Depser, Herodias — Onegin, Salome — Leander, Narraboth — Erb, Jochanaan — Rode. „Tannhäuser" (18. August): Musikalische Leitung: Heger; Regie: Hofmüller. Landgraf — Gieß, Elisabeth — Ohms, Tannhäuser — Wolf, Wolfram — Broderfen, Venus — Englerth. „Meistersinger" (19. Aug.): Musikal. Leitung: Dr. Muck; Regie: v. Fuchs. Sachs — Bender, Pogner — Sterneck, Beckmesser — Geis, Kothner — Kleßner, Stolzing — Krauß, David — Seydel, Eva — Feuge, Magdalena — Fichtmüller. „Ariadne auf Naxos" (20. August): Musikalische Leitung: Heger; Regie: Geis. Bacchus — Erb, Ariadne — Merz, Zerbinetta — Ivogün, Komponist — Leander. „Elektra" (21. August): Musikal. Leitung: Heger; Regie: Hofmüller. Klytämnästra — Bahr-Mildenburg a. G., Elektra — Faßbender, Chrysothemis — Merz, Aegisth — Depser, Orest — Bender. „Tristan und Isolde" (23. August): Musikal. Leitung: Dr. Muck; Regie: Wirk. Tristan — Wolf, Marke — Gieß, Isolde — Hesse, Kurwenal — Brodersen, Brangäne — Schreiber.

Novemberpoesie

Es ist im „V. B." schon öfters darauf hingewiesen worden, daß der 9. November 1918 auch die deutsche Dichtkunst unheilvoll beeinflußt hat. Die geistige Verwirrung und Zerrüttung auf diesem Gebiete hat es mit sich gebracht, daß man heute die sogen. Kastratenpoesie, die in Wirklichkeit nur kindisches Gestammel ohne jegliche künstlerische Form ist, als Kunst ansieht. Eine andere Gattung der Novemberpoesie zeichnet sich durch Gedankenarmut aus; die dritte und letzte Art, die eigentliche Schmutzliteratur, verstößt gegen die Gesetze der Moral und Sittlichkeit, und stellt sich somit durch ihre Schamlosigkeit bloß. Für jede dieser drei Gattungen eine Probe!

Brausewind durch offne Gartentüren,
Vorhangflattern, vogelflügelwild;
Sonneblenden, Blinzeln, Augenschließen,
Pulsgewitter, Geigenblutgesang,
Atempause einen Herzschlag lang —
Und dann sie.

Man darf bezweifeln, ob „vogelflügelwild", „Pulsgewitter" und „Geigenblutgesang" glückliche Wortschöpfungen sind. Vielmehr klingen diese Wörter unbeholfen; man fühlt eine gewisse Unfähigkeit des Verfassers, die den Leser unbehaglich stimmt. Und doch ist dies bei weitem nicht das Schlimmste, das uns auf diesem Gebiete geboten worden ist.

In der gleichen Ausgabe des „Simplizissimus" kommt ein anderer „Moderner" zu

Himmel erhebt. Und dies scheint der Kernpunkt des Buches zu sein.

Nur die wichtigsten Einzelheiten seien herausgegriffen: das Buch ist nicht nur eine Fundgrube ersten Ranges zur Bekämpfung des Bolschewismus, sondern es zeigt zugleich, daß die öffentlich-angebliche Tätigkeit des Verfassers nur ein Deckmantel für seine wirkliche stille Arbeit als politischer Agent Englands war.

Niemals wird erwähnt, daß die Österreicher eigentlich Deutsche sind; die Millionen der Siebenbürger Sachsen nennt er überhaupt nicht; seine deutschen Sprachkenntnisse (vgl. z. B. „Sleighthändler" statt Schleichhändler; Aas Vogels statt Aasvögel; Prada statt Prater usw.) zeugen von mindestens flüchtigster Durchsicht, wenn nicht von mangelndem Verstehenwollen.

1. Die Smuts-Mission, 3. bis 5. April 1919, in Budapest.

Es seien hier auszugsweise wörtlich die Ausführungen Bartletts wiedergegeben, aus denen die restlose Unfähigkeit Ehrenwilsons und seiner „Diplomaten" hervorgeht. Wie unser Auswärtiges Amt auf diesen Schwindel hereinfallen konnte und damit unser ganzes Volk zu verkloben geholfen hat, wird immer rätselhafter — oder auch nicht.

„Budapest, 29. 3. 1919. Heute mittag hatte ich eine lange Unterredung mit Professor Browne, dem Vertreter Amerikas, einem typischen Wilsonianer, halb Schulmeister und halb Ideologe, ohne jedwede Berührung mit europäischen Verhältnissen. Leider glaubt er aber auch alles, was ihm die Sowjetführer sagen und deshalb schickt er die irreführendsten Berichte nach dem hohen Rat in Paris. Er versicherte mir, daß die Lage nun viel besser wäre als seit langem, daß die Sowjetregierung (seit gerade einer Woche an der Macht; d. Übers.) nunmehr fest im Sattel säße und in der Lage wäre, Ordnung zu halten und Leben und Eigentum zu schützen. Er sieht die Revolution als echte sozialdemokratische Entwicklung an, die ganz naturgemäß auf eine schlechte Regierung und tausendjährige Mißhandlung der Arbeiterklasse in Ungarn hätte folgen müssen. Der Professor ist der leichtgläubigste Knabe der Welt und hat unbedingtes Zutrauen zu der Ehrlichkeit und Unzweideutigkeit der Sowjetführer. Er sieht sie als geeignete Treuhändler für eine neue Ära der Demokratie an, die eine goldene Zukunft des Glückes und Wohlstandes über Ungarn und seine Nachbarländer in Mitteleuropa bringen würden. Solche etwas beunruhigenden Zwischenfälle wie das Gefangensetzen von Hunderten ohne Urteilsspruch: Diebstahl von Bildern, Juwelen und Geld; Beschlagnahme des Eigentumes; Vernichtung der Preßfreiheit und glatte Ermordung jedes der Gegenrevolution Verdächtigen; das alles gleitet an dem guten alten Professor ab, der, die Lage rein sachlich und von amerikanischer Höhe betrachtend, auf diese peinlichen Tatsachen als auf zeitliche Unbequemlichkeiten herabsieht, die unter dem hellen Lichtschein der Weltfreiheit und der Demokratie nach dem Vorbilde amerikanischer Einrichtungen alsbaldigst verschwinden werden. Und das ist der Typ der die Pariser Friedenskonferenz berät! Kein Wunder deshalb, daß solcher Blödsinn dort gemacht und solche unüberlegten, rätselhaften Entscheidungen dort getroffen werden!... Der Professor sieht es als seine Pflicht an, strengste diplomatische Etikette gegenüber den Sowjets zu wahren ..., zum Beispiel weigert er sich, irgendwem zu helfen, der Budapest verlassen will ..." (S. 86/87.)

„Nach Tisch versammelten wir uns zu einer Besprechung im Zimmer des Professors. Wir beschuldigten den armen Browne nicht nur, daß er selber innerlich ein Bolschewist wäre, sondern auch, daß er seine eigene Regierung dadurch hinter das Licht führe, daß er sich selber durch die schönen Geschichten beschwindeln lasse, die ihm die Bolschewistenführer über ihre Handlungen und Absichten vorlogen. Dies entrüstete den armen Professor ganz außerordentlich; er versuchte sich zu verteidigen und bestritt die Wahrheit unserer Behauptungen ..." (S. 93.)

Am 3. April kam die Ententekommission unter dem Burengeneral Smuts in Budapest an, und zwar zweifellos als Folge der verrückten Berichte des Prof. Browne: und allein dadurch, daß die „Großen Vier" in Paris (Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Nitti) durch diese Mission de facto Bela Kuhn anerkannten, haben sie die bolschewistische Herrschaft um Monate verlängert und Tausenden von Menschen das Leben genommen. Die Mission war der Höhepunkt von Bela Kuhns politischer Laufbahn.

Um mit der Tatsache der amtlichen Anerkennung durch die Großmächte genügend Kapital zu schlagen, ließ Bela Kuhn am Ankunftstage im Hotel Ritz ein großes Festessen vorbereiten, das zu Ehren der Smuts-Mission gegeben werden sollte; aber groß war seine Bestürzung, als der General und sein Stab die Einladung ablehnten. Sie waren inzwischen von Bartlett unterrichtet worden. Da das Essen bestellt war, die Gäste eingeladen und sogar die Verordnung betr. Verbotes des Alkoholausschankes für den Abend aufgehoben war, so wurde — holla, la presto die Sache umgebaut, aus dem Festessen für die politische Mission ein Mahl zu Ehren der auswärtigen Presse gemacht, wodurch Bartlett und sein Kollege von der „Times", Macartney, die Hauptgäste des Abends wurden. Bela Kuhn drückte sich, aber alle andern Sowjetgrößen waren da. Der Sekt floß in Strömen, und es ist höchst ergötzlich, zu lesen, wie die Sowjetjuden in ihrer Trunkenheit ihre Pläne restlos ausplauderten. Einige ihrer politischen Bemerkungen über die Entwicklung sind besonders heute belangreich, da sie zu sehr der neuesten Entwicklung in Deutschland entsprechen:

„Böhm sagte: Wir wurden wie Hunde von der Entente behandelt. Unsere Feinde durften unsere reichsten Striche wegnehmen und unsere Leute bestehlen, ausplündern und berauben. Dauernd wurden wir von den Franzosen beleidigt, die sich immer wie Lumpen benahmen. Unter der ganzen Bande haben wir keinen einzigen anständigen Mann gefunden. Sie hätten bloß mal sehen sollen, wie Franchet d'Esperey unsern Karolyi behandelte und die Abordnung des A.- und S.-Rates, die wegen der Waffenstillstandsverhandlungen zu ihm nach Belgrad kamen ... Er zog ein anderes Mitglied in das Fenster und sagte: ‚Kommen Sie mal her, ich will Sie mir mal gründlich angucken! Aha! An Ihrer Nase sehe ich, daß Sie Jude sein müssen!' Von dem Augenblick an haben wir niemals Gehör oder irgendwelche Erleichterung auf alle unsere Beschwerden gekriegt... Erst hielten wir Wilson für einen großen Mann: nun wissen wir, daß er ein Esel ist: überhaupt alle Leute auf eurer Konferenz da scheinen Esel fools zu sein ... (S. 113)."

Alle Äußerungen der betrunkenen Sowjetführer über ihre Pläne zur Weltrevolution hier wiederzugeben, verbietet der Platz; es sei auf das Buch selber verwiesen. Nach 2 Tagen verließ die Smutsmission wieder Budapest. Also seit dem 5. April wußte die Entente genau, was die Pläne der russisch-ungarischen-bayerischen Sowjetgrößen waren, und bis heute hat sie noch nichts, aber auch gar nichts dagegen getan! Das erscheint als der springende Punkt aus diesen äußerst belangreichen Schilderungen Bartletts. Sehr niedlich ist die Abreise Brownes von Budapest:

„Als Browne, Goldinan und ich unser vorbehaltenes Abteil endlich erreichten, fanden wir es schon besetzt... Wie wir nun glücklich anfuhren, war Professor Browne völlig erledigt; Ungarn, Bolschewismus, überhaupt alles in Europa, einschließlich Wien, hingen ihm zum Halse heraus. Er hatte eine seiner Fata Morganas sich in Luft verflüchtigen und seine Hoffnungen schwinden sehen, die er auf die guten Absichten und Ehrlichkeit der Bolschewistenführer gesetzt hatte. Sich in eine Ecke zurechtsetzend, sagte er: Ashmead Bartlett, jetzt fahre ich nach Amerika und werde niemals nach Europa zurückkehren. In einem stillen Fälchen in Kentucky werde ich meine letzten Tage unter Blumen verbringen, ‚wo die Witwen nicht mehr drängeln und die Bolschis stille ruh'n ...' Damit meinte er die vielen trostlosen Frauen, die ihn immer um Hilfe zur Flucht aus Budapest angegangen hatten (S. 147).

Um mit Bartlett zu sprechen: Das war also der Typ der Leute, auf die unsere Scheidemänner und Erzberger ihre Berge bauten! Wie wurden wir beraten, wie wurden wir regiert!

2. Die ungarische Gegenrevolution (8. April bis 31. Juli 1919).

Nicht nur außerordentlich unterhaltsam, sondern von größtem politischen Belang ist die Erzählung Bartletts, wie unter seiner tätigen Mitarbeit und unter Führung durch die englische Militärmission, die ungarische Gegenrevolution zustande kam. Am 8. April 1919 sprach Graf Gyury Pallavicini — der Schwiegersohn Graf Julius Andrassys — zum ersten Male mit Bartlett über diese Pläne, die von ihm sofort dem Führer der englischen Militärmission, Sir Thomas Cunninghame, mitgeteilt wurden, mit dem er sie dauernd weiter bearbeitete. Cunninghame und Bartlett hatten einzeln und zusammen verschiedene Besprechungen mit den ungarischen „Verschwörern". Am 20. April erwähnt Bartlett zum ersten Male als Hauptschwierigkeit die Finanzfrage, weil keiner der Ungarn Geld hätte (S. 149). Am 24. April schreibt er:

„Was die Gegenrevolution bedarf, ist Geld, sie zu finanzieren, und ein Sonderzug für die 300 Offiziere von Wien nach Szeged ..." Und nun kommt das Erstaunliche: Am Tage darauf schlägt der Führer der englischen Militärmission selber vor, er würde zu ... Louis Rothschild gehen, um diesen für die Gegenrevolution anzupumpen! Am Abend berichtet Sir Thomas Cunninghame der serbische Gesandte wolle von einem Sonderzuge durch serbisches Gebiet nichts wissen, weil die serbische Regierung viel mehr Angst vor der ungarischen Königsmacht habe als vor den Budapester Sowjetjuden habe; außerdem sei Louis Rothschild angesichts der Haltung der halbsowjetjüdischen österreichischen Regierung viel zu bange, für solche Zwecke Geld zu leihen.

Nach dieser Abfuhr beschloß man, sowohl wegen Geld wie Sonderzug den ebenfalls sehr reichen jüdischen Geheimen Kommerzienrat Karpeles, das Haupt der großen Speditionsfirma Schenker & Co., anzugehen. Am 29. April heißt es wieder über Louis Rothschild:

„Louis Rothschild, der doch so viel tun könnte, hat vor seinem eigenen Schatten Angst und macht alle möglichen Schwierigkeiten. Er verlangt, die Führer der Bewegung sollten als Sicherheit Hypotheken auf ihre Güter eintragen lassen!!! (S. 157.) Am 1. Mai ging Bartlett sogar zum österreichischen Finanzminister Schumpeter selber, um diesen um Geld anzugehen. Schumpeter sagte ihm:

‚Wäre ich nicht dem Parlamente für das Geld verantwortlich, so würde ich es mit Vergnügen aus der Staatskasse nehmen.' Er schlug dann einen besser gangbaren Weg vor. Er selbst wollte zu Rothschild gehen und ihm sagen, er könne ruhig zehn Millionen von den Banken abheben, ohne daß das Finanzministerium eine Frage stellen würde. — Das war frohe Botschaft, da das die Hauptschwierigkeit mit Louis Rothschild beseitigte, nämlich seine Befürchtung, er könnte von der österreichischen Regierung befragt werden ... (S. 159).

[1]) Der Titel des Buches ist: „The Tragedy of Central Europe" von Ellis Ashmead Bartlett; London 1923 (Vorrede am 17. April 1923 datiert); Großoktav; bei Butterworth Thornton Ltd., 15 Bedford St. WC 2; 21/-d.

(Schluß folgt.)

Der Zusammenbruch der antialkoholischen Gesetzgebung

In allen europäischen Staaten, die nach dem Beispiel Amerikas ein Alkoholverbotsgesetz eingeführt haben, ist diese Gesetzgebung in kürzester Zeit zusammengebrochen. Norwegen, das den Anfang mit dem Alkoholverbot gemacht hatte, mußte aus wirtschaftlichen Erwägungen eine Alkoholgrenze für Südweine bis zu 24 Prozent den Wein exportierenden Ländern zugestehen, weil diese für den Ausfall ihres Exportartikels die norwegischen Waren mit einer fünffachen Zollabgabe belastet hatten. Ein ähnliches Schicksal hat Island mit seiner Antialkoholgesetzgebung erlitten: Das Alkoholverbot ist probeweise auf ein Jahr aufgehoben worden. In Schweden ist durch Volksabstimmung ein Alkoholverbotsgesetz endgültig abgelehnt worden. Polen, der jüngste Abstinenzstaat, hat sein Alkoholverbotsgesetz dahin revidiert, daß die Alkoholgrenze für Bier bis zu 4 Proz., für Branntwein bis zu 60 Prozent festgesetzt und alle einschränkenden Bestimmungen für den Ausschank an Sonn- und Feiertagen aufgehoben wurden. Begründet wird diese Änderung damit, daß das Alkoholbedürfnis auf illegalem Wege gedeckt wird, wenn durch einen gesetzlichen Zwang dem Konsum eine Grenze gesetzt wird.

Das Verbot der Herstellung und des Konsums auch leichter alkoholischer Getränke in Amerika hat zur Folge, daß hintenherum starke giftige Spirituosen hergestellt und genossen werden. Welche schlimmen Folgerungen daraus entstehen, beweist ein Bericht des Überwachungsamtes des amerikanischen Prohibitionsgesetzes, dem zu entnehmen ist, daß in den Vereinigten Staaten im Jahre 1922 mindestens 1000 Personen infolge des Genusses giftiger Spirituosen gestorben sind. Außerdem sind über 500 Erblindungen durch Holzalkoholgenuß eingetreten. Tausende sind ernstlich in ihrer Gesundheit durch Genuß von Getränken, denen Fuselöl oder andere gefährliche Ingredienzien zugesetzt waren, geschädigt worden.

Die gewaltige Steigerung der Todesziffer hat eine schärfere Verfolgung der Schleichhändler, die gesundheitsgefährliche Getränke vertrieben, bewirkt und in verschiedenen Städten wurden Personen verhaftet, die an junge Leute sogenannten „Mondscheinlikör" (geheim fabrizierten Likör) verkauft hatten. Das in diesen Spirituosen enthaltene Gift wirkt so stark, daß einige Personen schon nach einem einzigen Schluck starben.

Letzte Nachrichten

Der Salzburger Parteitag

Salzburg, 14. Aug. Der nationalsozialistische Parteitag hielt gestern eine eingehende Beratung über die Frage des Wahlkompromisses mit den Großdeutschen und den übrigen bürgerlichen Parteien ab. Nach der Debatte, an der sich auch unsere Vertreter aus der Tschechoslowakei und aus Deutschland beteiligten, wurde beschlossen, die Entscheidung über diese Frage den Führern zu überlassen. Zu diesem Zwecke wurde ein viergliedriger Ausschuß gebildet. Näheres folgt.

Kleinaeschte

Remscheid. In der Nacht zum Sonntag wurden wieder 60 Angehörige einer Remscheider Wandergesellschaft in der Nähe von Dabringhausen während des Abkochens von einigen hundert Kommunisten angegriffen. Die Angegriffenen flüchteten in eine Scheune, sie wurden belagert und aus Karabinern beschossen, so daß sie sich schließlich ergeben mußten. Unter schweren Mißhandlungen wurden sie in das Spritzenhaus transportiert. Der kommunistische Rädelsführer wurde erschossen. Da die Angegriffenen nach der landespolizeilichen Untersuchung keine Waffen mit sich führten, fiel der Kommunist offenbar durch eigene Leute. Die Angegriffenen wurden vom Bürgermeister verhört und an die Grenze des unbesetzten Gebietes verbracht.

Französische Manöver

Paris, 14. August. Es verlautet, daß die französische Regierung in allernächster Zeit, vielleicht schon heute abend oder morgen früh, ein Gelbbuch veröffentlichen wird, das die Mitteilungen mündlicher und schriftlicher Art zwischen der französischen und englischen Regierung bezüglich der von den alliierten Regierungen auf die deutsche Note zu erteilende Antwort enthalten soll. Die Sammlung wird in gewissen Punkten vollständiger sein als das von der englischen Regierung veröffentlichte Blaubuch.

Worte: Joachim Ringelnatz. Er vertritt, wie die beiden folgenden Gedichte zeigen werden, die zweite Art der Novemberpoesie. Seine Verse lauten:

Oben, in den Wolken krachte der Donner.
Am Ufer des indischen Ozeans balzte ein Kind.
Würde der Mond noch wonder, die Sonne noch sonner,
So würden die Menschen vielleicht noch dümmer, als sie schon sind.

Gewitter.

Hinterm Grand Hotel zu den drei Mohren
Nebenbei, von irgendwem verloren,
Kreiste jämmerlich ein Hund und schiß.
Lag ein künstliches Gebiß.
Doch ich räusperte, ich spie.
Und ich rotzte.
Bis ich einer weichen Phantasie
Würdig trotzte.

Für diese Art der Poesie gilt das bereits oben Gesagte. Unflätige Ausdrucksweise und große Gedankenarmut sprechen aus diesen Versen. Man wende nicht ein, daß sie „grotesk" seien! Denn das Wesen gerade der Groteske ist es, hinter scheinbarer Sinnlosigkeit einen tiefen Sinn zu verbergen. Und diese Forderung wird hier nicht erfüllt.

Die letzte der drei Arten der Novemberpoesie ist die der Gesinnungslosigkeit und Unmoral; sie ist von allen die unerfreulichste und gefährlichste, denn sie entzieht dem Leser das, was die Dichtung ihm zu geben verpflichtet sein soll: den moralischen Halt. Besonders häufig findet sich diese Gattung in unseren Operetten und Schlagern (Foxtrott, Jazz, Schimmy), ferner in den Journalen der „eleganten Welt".

Die Zeitschrift „Berliner Leben" (26. Jahrg. Nr. 9) bringt ein Gedicht „Leben" von Hans Waldau (!!):

Wer niemals im Arrestlokale schlief (!),
indes man ihm die Wohnung ausgeplündert,
wer niemals hinter roten Fahnen lief (!),
und nie sein Leid mit Rhizinus gelindert;
wer nie von Zuhältern verprügelt ward (!),
und nie an Cocain sich übergeben (!),
wer bei der heut'gen Zeit noch immer spart (!),
der weiß noch nichts vom Leben.
Wer niemals früh nach einer Liebesnacht
den Schlips verwechselt mit der Liebsten Gürtel,
wer niemals einen um sein Geld gebracht (!)
und kein Verhältnis hat im Scheunenviertel;
wer ins Theater ohne Freibillett noch geht,
wenn man noch nie mußt aus dem Rinnstein heben,
wer unter Polizeiaufsicht nicht steht, — (!)
der weiß noch nichts vom Leben.
Wer nie zur Probe sich mal hat erhängt,
wer nie in einem Bett schlief mit 2 Frauen (!);
wer Wohnung sucht und dabei immer denkt,
daß man bei uns mal Wohnungen wird bauen;
wer nie mit Bindfaden die Hose band,
wer nie der Dirne falsche Schecks gegeben (!!),
wer im Hotelbett niemals Wanzen fand, —
der weiß noch nichts vom Leben.

Man darf, ohne dabei zu weit zu gehen, behaupten, daß eine wohlberechnete, aber gut versteckte Tendenz in diesem Gedicht liegt, und sie erstreckt sich nicht nur auf das erotische Gebiet. Der überlegene Ton, die ganze Art der Schilderung fordern geradezu auf, den Versuch zu machen, dieses Leben kennen zu lernen. Ein herrliches Leben! Arrestlokal, Zuhälter, Dirnen, falsche Schecks, unter Polizeiaufsicht, rote Fahnen, Cocain, Betrug, Berliner Scheunenviertel — ein Leben in Schönheit und Würde! Und wem verdanken wir es? Hans Waldau und den Seinen. Juda scheint sich in Deutschland recht sicher zu fühlen, da es eine so kecke Sprache redet. Dieses Gefühl der Sicherheit wird bestehen, solange es Deutsche gibt, die — neben so vielem anderen — auch die Schmutzliteratur ohne Widerspruch mit in Kauf nehmen. Doch die Zeiten können sich ändern! Dann wird auch die Novemberpoesie von einem neuen, einem völkischen Sturm und Drang hinweggefegt werden.

F. L.

Würzburgisches Recht

(Auszug.)

§ 581.

VI. Rechte der Juden.

1. Erwerb unbeweglicher Güter.

1. Nach der Würzburgischen, unter dem 27. Jänner 1717 erlassenen und in der vom 1. Juni 1750, Nr. 2, bestätigten Verordnung ist den Juden ohne landesherrliche Bewilligung Häuser zu kaufen oder zu mieten oder andere Grundstücke zu kaufen verboten.

§ 583.

3. Judenhäuser und Wohnungen.

1. Juden und Christen sollen nach Verordnung vom 4. Februar 1736 nicht in einem Hause beisammen wohnen, da die unter denselben daraus entstehende Gemeinschaft zum öffentlichen Ärgernis Anlaß gibt, auch in den geistlichen Rechten verboten ist.

3. Da die Juden durch unflätiges Haushalten die von ihnen bewohnten Häuser verunreinigen, den Nachbarn damit zur Last fallen, ja öfters Krankheiten verursachen: so wird denselben unter Androhung des Verlustes ihres Schutzes besondere Reinlichkeit anempfohlen und . . .

§ 592.

Da sich vielfältig ergeben hat, daß in den zwischen den Bürgerlichen und Untertanen, dann den Juden vorgehenden Berechnungen großer Betrug und jüdischer Wucher getrieben wurden und dadurch die Untertanen unvermerkt in kurzer Zeit in außerordentliche Schuldenlast verfallen usw. . . .

§ 596.

— Handel. —

I. Ist den Juden bei Konfiskation und willkürlicher Strafe durch das Mandat vom 30. Dezember 1699 verboten:

1. der Auswechsel guter, alter Münzen gegen fremde, schlechte Münze;
2. das Ein- und Ausführen der Münze;
4. der Wein- und Getreidehandel.

§ 597.

In der Verordnung von 1699 war den Juden der Handel nur Montag, Mittwoch und Freitag erlaubt.

§ 598.

Für Söhne von Juden, die Handel treiben, haben die Eltern zu haften.

§ 608.

Es sind zwei Fleischbeschauer zu bestellen, da die Juden ehedem nicht so skrupulös beim Aushauen des Viehes zum Verkaufe für Christen waren, und dadurch Krankheiten und Seuchen zu befürchten waren.

*

Und eine Reihe von anderen lehrreichen Verordnungen gegen die Juden haben die klugen Fürstbischöfe von Würzburg erlassen. Sie kannten ihre Pappenheimer. (S. Darstellung der sämtlichen Provinzial- und Statutarrechte des Königreichs Bayern von Dr. Georg Michael Ritter von Weber — 1842 — Kollmannscher Verlag, Augsburg.)

Buchbesprechung

Eine Besprechung der angezeigten Bücher behalten wir uns vor. Eine Rücksendung von Büchern, die weder angezeigt noch besprochen werden, findet in keinem Falle statt.

Friedrich Ulmer, Sohn, ein Spiel in vier Handlungen, Mimirverlag Stuttgart, 1923. Beim Lesen vorliegenden Stückes, in dem es sich um die erbliche Belastung eines Sohnes mit Syphilis durch das ungezügelte Leben seines Vaters vor der Ehe handelt, drängt sich unwillkürlich ein Vergleich mit Ibsens „Gespenstern" auf, welche einen ähnlichen Fall, allerdings auf höherer künstlerischer Stufe zum Gegenstand haben. Ulmer will den Alkoholmißbrauch und die Geschlechtskrankheiten bekämpfen und bedient sich hierzu der Bühne. Sein Stück ist, besonders in der Mitte, nicht unwirksam, doch müßte sowohl der Anfang als auch das Ende, wo der Sohn dem Wahnsinn verfällt, kraftvoller und mit mehr Größe herausgearbeitet werden. Bei einem Kampfe um hohe Ziele darf man starke Mittel nicht scheuen. D.

Friedr. W. Stilke, Frau Gertrud und ich, Mimirverlag Stuttgart, 1922. Diese „Gespräche über die deutsche Trinksitte" vertreten in feiner, geistvoller Weise die Alkoholgegnerbewegung und gründen sich auf unanfechtbares, wissenschaftliches Material. Auch wer nicht auf dem Standpunkt unbedingter Enthaltsamkeit steht, wird dem Verfasser zubilligen müssen, daß er sich mit Ernst und Gewissenhaftigkeit seiner bedeutsamen Aufgabe unterzogen hat, den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen.

Kraft und Schönheit. Monatsschrift für Körperkultur. Verlag Kraft und Schönheit, Berlin-Steglitz, Kuhligkshof 5, Nr. 8 des 23. Jahrgangs. Die vorliegende Nummer enthält einige sehr gute Aufsätze über Turnen und Rhythmus.

Dr. P. Dirr: Französische Geheimpolitik am Rhein. Heft 1 der Schriften der „Auslandspost", Verlag Richard Pflaum A.G., München. Das Heft enthält zwei amtliche französische Geheimberichte, eine vom Oberkommissar der französischen Republik in den Rheinlanden an das Generalsekretariat Paris vom 16. April 1923, der sich besonders mit dem Landesverrat Dortens befaßt. Der zweite Bericht ist der Geheimbericht Dariacs über die französische Politik im Rheinland. Die beiden Berichte beleuchten das ganze Tun und Treiben Frankreichs und seiner Helfershelfer. Wie ein schlechter Witz berührt es, daß ausgerechnet Herr Pius Dirr, ein Demokratenhäuptling, die Geheimberichte veröffentlicht, denn es läßt sich wohl nicht leugnen, daß unsere gottverlassene Demokratie daran schuld ist, wenn die Franzosen im Rheinland sich so breitmachen können.

Hans Hofmann-Queckenau, Germanengeist. Ein täglicher Mahner an echtes Deutschgefühl und reines Germanentum. 1. Jahrgang, Heft 1. Germanenverlag Sternberg Nm. Das vorliegende Heftchen unseres Parteigenossen enthält wieder eine Reihe guter Aufsätze, daß aber ausgerechnet als Hauptartikel eine Rede des Herrn v. Kahr abgedruckt wurde, ist mir unverständlich.

Münchener Beobachter

Die Ruine auf Abbruch

Es muß allmählich offen ausgesprochen werden: Deutschland als **Staat** ist nur mehr eine Fiktion, d. h. also eine willkürliche Annahme ohne tatsächlichen Inhalt. Der deutsche „Staat" von heute entbehrt neben vielem anderen der beiden Hauptvoraussetzungen, die einer Volksgemeinschaft die Eigenschaft des Staates geben: der Souveränität nach außen und der Sicherstellung der Lebensmöglichkeit jedes einzelnen Staatsbürgers. Unsere Souveränität nach außen gehört der Vergangenheit an, denn die deutsche „Regierung" hat nur mehr zu tun, was die Westmächte zu fordern belieben. Sie ist dazu auch gern bereit — das neue Kabinett Stresemann wird das neuerdings täglich bekunden — im Interesse der „Völkerversöhnung". Wie es des weiteren mit der Sicherstellung der Lebensmöglichkeit jedes einzelnen Staatsbürgers steht, beweist die unbestreitbare Tatsache, daß bei uns einer mit dem Ertrag seiner ehrlichen Hand- oder Geistesarbeit kaum mehr zu leben vermag. Wir sind so weit, daß jüngst einer, nicht mit Unrecht, zu mir sagen konnte: „Die Arbeit nimmt einem bloß die Zeit zu einträglicherem Verdienst."

Die letzten Tage der Streikbewegung endlich haben uns noch in anderer Richtung gezeigt, welche Bewandtnis es mit der deutschen Staatlichkeit hat. „In der Reichsdruckerei wird gestreikt, der Banknotendruck ist stillgelegt", besagt eine Meldung. Vorerst dauerte die Stillegung nur etliche Stunden, aber schon erzittert das ganze Wirtschaftsleben und gerät die ganze Maschinerie unseres ungesund-künstlich konstruierten Wirtschaftsapparates ins Wanken. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich, auf welch hinfälliger Basis dieses deutsche Staatsgebilde — nicht ruht, sondern in der Luft hängt. Wie einen Sandhaufen ein Windstoß verweht, so ist dieses Staatsgebilde zum Zusammenfall verurteilt, wenn — die Notenpresse stillsteht.

Das ist kein Staat mehr, sondern eine Ruine auf Abbruch. Beim deutschen Volk wird es liegen, sich einen neuen, starken und gesunden Staat zu schaffen. Dies wird ihm aber nur möglich sein, wenn es wieder eine geschlossene Gemeinschaft darstellt und nicht, wie heute, ein Sammelsurium von sich gegenseitig bekämpfenden Wirtschaftsinteressenten einerseits und von selbstsüchtigen Berufspolitikern anderseits. Kann sich das deutsche Volk davon nicht befreien, dann ist es um seine Existenz als **Staat** geschehen. Die vielberufenen 60 Millionen werden dann nur dazu da sein, Handels- und Beuteobjekt der großen **Nationalstaaten** zu sein. Es gibt da kein Kompromiß, sondern nur ein eisernes Entweder — Oder. Entweder den unbeugsamen Willen zum souveränen Nationalstaat oder das Schicksal der weltpolitischen Null und der wirtschaftlichen Versklavung. Deutsches Volk, bei dir liegt die Entscheidung. Ermanne dich!

Ra.

*

Geburten und Sterbefälle. Nach den Ausweisen der vier Münchener Standesämter sind im Monat Juli insgesamt 771 (Juli 1922: 916) **Geburten** zur Anmeldung gelangt. Die Gesamtzahl der seit 1. Januar 1923 Geborenen ist gegenüber den Vorjahrsmonaten stetig zurückgeblie. In den ersten 7 Monaten des Jahres 1922 war die Gesamtgeburtenzahl 6510, während sie im heurigen Jahr nur 5833 beträgt. Die **Sterbefälle** haben im Vergleich mit dem Vorjahrsmonat zugenommen: Juli 1923: 761, 1922: 701. Seit 1. Januar 1923 verzeichnen die Register der Standesämter 5899 Sterbefälle, in der gleichen Zeit des Vorjahres 5750. Demnach weist die Statistik Januar bis Juli 1923 keinen Geburtenüberschuß mehr aus, der sich im Vorjahr für die gleiche Zeitspanne auf 760 belief. Auch die Zahl der **Eheschließungen** ist sowohl im Monat Juli (553 gegen 635 im Vorjahrsmonat) wie auch für die ersten 7 Monate 1923 beträchtlich zurückgegangen (3871 gegen 4016 im Vorjahr). Die Zahl der **Ehescheidungen** läßt sich mit dem Vorjahr nicht gut vergleichen, da die Meldungen auf Grund Mitteilung der Amtsgerichte in den Standesämtern eingetragen werden. Immerhin halten sich die Zahlen der Vergleichszeiten die Wage. Januar bis Juli 1923: 545, 1922: 530.

Zwischenfestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter. Das Bayerische Oberversicherungsamt hat die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter im Bezirke des Stadtrates München mit Wirkung vom 1. August 1923 ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: 1. **Landwirtschaftliche Arbeiter:** über 21 Jahre, männl.: 20 250 000 M.; weibl.: 16 200 000 M.; von 16 bis 21 Jahren, männl.: 17 010 000 M., weibl.: 13 770 000 M., unter 16 Jahren, männl.: 11 340 000 M., weibl. 10 530 000 M. 2. **Forstwirtschaftliche Arbeiter:** über 21 Jahre, männl.: 21 060 000 M., weibl. 17 010 000 M.; von 16—21 Jahren männl.: 17 820 000 M., weibl.: 14 580 000 M.; unter 16 Jahren, männl.: 12 150 000 M., weibl.: 11 140 000 M.

Sommerfrischenpreise. In Tegernsee hat man, wie uns geschrieben wird, in dem Restaurant am See für eine Portion Tee 45 000 und eine Portion Kaffee 40 000 Mark samt Trinkgeld 90 000 Mark verlangt. Nach der Darlegung „Die Zwangslage des Kleinhandels" in unserer Ausgabe 161 wäre dies bei den gegenwärtig herrschenden wahnwitzigen Preisen für Kaffee nicht einmal zuviel. Was soll man aber dazu sagen, wenn am Königsee für eine kalte Platte samt einem Glas Bier sage und schreibe anderthalb Millionen Mark und für einen Pfannkuchen 280 000 Mark gefordert werden?

Noch keine Spur des Mörders. Zu der Ermordung des Angehörigen der Landespolizei **Zenz** bei Dornach durch einen Kartoffeldieb ist noch zu melden, daß noch jede Spur fehlt. Der Täter, der einen Zeltbahnstoff-Rucksack mit Inschriften zurückließ, ist 35—40 Jahre alt, mittelgroß, hatte Stoppelbart, englisch gestutzten Schnurrbart und trug schwarze Arbeitshose, blaugraue Manchesterjoppe (Militärbluse) und grauen weichen Hut. Die Frau mit dem 6 Jahre alten Knaben, die zur Zeit des Vorkommnisses am Waldrand bei dem Felde saß und später mit dem Knaben, der wie die Frau ein Rad hatte, dieses gegen Daglfing schob, wird ersucht, sich bei der Polizeidirektion München, Kriminaloberinspektor Ott, zu melden.

Selbstgestellt. Der Schlosser Andreas **Reichenberger**, der vor einigen Tagen bei Feldkirchen mit seinem Freund von einem Sicherheitskommissär wegen Diebstahlsverdacht kontrolliert wurde, dann floh und auf den Beamten schoß, hat sich nun selbst der Polizei gestellt. Er wollte nur in die Luft geschossen haben, um seinem Freund die Flucht zu ermöglichen.

Diebstähle. Aus einer Wohnung an der Feldmochinger Straße wurden außer 6 Millionen Mark Bargeld, Uhren, Ketten, Silbermünzen, im Werte von 40 Millionen Mark gestohlen. — Am Schalter eines Bankhauses in der Altstadt wurde einem Geschäftsmann eine Brieftasche mit 21 Millionen Mark gestohlen.

Fleischvergiftung. Nach dem Genuß von Goulasch starb am Samstag in der Gollierstraße der 44 Jahre alte Hilfsarbeiter Joseph **Kohlhofer**. Todesursache vielleicht Fleischvergiftung, die Leichenöffnung wurde deshalb angeordnet.

Siegfried Oppenheim berichtigt. Gemäß des § 11 des Preßgesetzes verlange ich den Abdruck nachstehender Berichtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes. Die in der Nr. 69 des Völkischen Beobachters unter der Überschrift „Anfrage an das Wohnungsamt" über meine Wohnungsverhältnisse aufgestellten Behauptungen sind unwahr, richtig ist, daß ich meinen ständigen Wohnsitz in München habe und nur zeitweise daneben in Chemnitz tätig bin, richtig ist, daß ich die von mir gemieteten Räume völlig rechtmäßig bewohne, da ich laut Ablösungsvertrag mit der Stadtgemeinde München die Zivileinquartierung durch Zahlung einer vom Wohnungsamt festgesetzten Ablösungssumme, die zur Bereitstellung von Wohnungen dient, abgelöst habe. Achtungsvoll Siegfried Oppenheim. München, 18. April 1923. Stadtbureau, Theatinerstraße 33. — Herr Siegfried Oppenheim berichtigt also, was wir gar nicht behauptet haben und bestätigt, was wir berichteten.

Unglaubliche Anmaßung. In Ausgabe 160 brachten wir unter der Überschrift: „Kein Geld für die Angestellten, aber für weiße Neger" die Mitteilung, daß jetzt in der großen Geldnot die Deutsche Bank nicht weniger als 566 Millionen in Banknoten für die beiden Mitglieder der hiesigen Entente-Kommission, Lt. Col. Henry und Lt. Col. Wild (Franzosen), bereit halte zur jederzeitigen Verfügung. Zu dieser Information, die wir aus bester Quelle bezogen, schickt uns nun die Filiale München der „Deutschen" Bank einen Schrieb, wonach es unrichtig sei, daß sie diesen Betrag an 2 Mitglieder der Ententekommission ausbezahlt habe. Wir sprachen nur von **Bereithalten** (auf Grund einer Anweisung aus Berlin), nicht von Auszahlen; die Bank berichtigt also etwas, was wir gar nicht behauptet hatten, und fügt folgende Drohung hinzu: „Wir müssen Sie daher unter Hinweis auf die evtl. Folgen einer Weiterverbreitung dieser Notiz (sie war auch von der „Münchener Zeitung" veröffentlicht worden), bitten, von einem Nachdruck oder einer sonstigen Form der Publikation abzusehen." Eine unerhörte Anmaßung! Was wir veröffentlichen, werden wir uns doch wohl nicht von Bankiers vorschreiben lassen?

Tätigkeit der Münchener Feuerwehr und des städtischen Rettungsdienstes. Nach den Aufzeichnungen der städtisch. Branddirektion wurde in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1923 die Berufsfeuerwehr 74 mal alarmiert, und zwar 53 mal zu Bränden, 9 mal zur Behebung von Tierunfällen und 12 mal zu sonstigen Hilfeleistungen. Von den Brandmeldungen erwiesen sich 14 als falsche bzw. mutwillige Alarme. Die meisten Brände waren Kleinfeuer, 3 waren Großfeuer, davon 2 besonders bemerkenswert: am Freitag, 6. April, in der Plinganserstraße 16, wobei ein Heustadel mit darin gelagerten Strohvorräten vollständig und ein Brückenwagen mit Brennholz teilweise in Brand geriet, und am Dienstag den 8. Mai, in der Birkerstraße 32, wo auf einem Bretterlagerplatz die Bretterstöße größtenteils in Brand geraten waren. Im letzteren Falle mußte das Brandobjekt mit 12 Motorspritzenstrahlen und einem Hydrantenstrahl bekämpft werden.

Der städtische **Rettungsdienst**, der ebenfalls der städtischen Branddirektion unterstellt ist, wurde in den Monaten April mit Juni 2011 mal zur Beförderung von Kranken, Verunglückten und Leichen in Anspruch genommen. In 59 Fällen leistete er die erste Hilfe und legte Notverbände an.

Achter-Tag. Der Regimentstag des 8. bayer. Inf.-Reg. (Metz) findet am 29. u. 30. September in München im Hofbräuhausfestsaal statt. Alle Achter sämtlicher Jahrgänge sind zur Teilnahme eingeladen. Anmeldungen an Hans Dorn München, Steinstr. 27/2.

Sektion Bayerland, e. V., München. Mittwoch, den 22. August, abends 8 Uhr, im Hofbräuhaus (Kartensaal) **Sommer-Hauptversammlung.** Tagesordnung: 1. Die Tagesordnung der Hauptversammlung in Tölz; 2. Antrag des Ausschusses: Arbeitsdienstpflicht für die Sektion; 3. Anträge der Mitglieder und Sonstiges. Pünktliches Erscheinen notwendig!

*

Bestattungen

am 15. August.

Ostfriedhof: Johann Schlegel, Eisenbahninspektor, 58 J., 3 Uhr; Johann Hosius, Obersekretär, 47 J., 3 Uhr; Marg. Wenninger, Privatierswitwe, 68 J., 2¼ Uhr; Karoline Keller, Schneidermeisterswitwe, 67 J. 4 Mon., 3¼ Uhr; Anna Hart, Hausdienerswitwe, 81 J., 3 Uhr; Paul Bergmann, Schreinermeisterskind, 1 Mon., 3 Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Leo Stehle, Maschinenschlosser, 17½ J., 2 Uhr; Kath. Kleber, Putzerin, 54 J., 4 Uhr; Johann Popp, Bauhilfsarbeiter, 66 J., 2½ Uhr; Hans Wörl, Prokurist, 58 J., 3 Uhr; Maria Hofbauer, Hilfsarbeiterskind, 8 Mon., 2¾ Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Rosina Schöttl, Maurerswitwe, 69½ J., 4 Uhr; Julius Hönike, ehem. Tierausstopfer, 74 J., 3¼ Uhr; Jakob Hasel, Ausgeher, 37 J., 2¾ Uhr; Jakob Brandl, Monteur, 39 J., 3¾ Uhr; Irma Ebenhofer, Maurerskind, 1 J., 2¼ Uhr; Alfred Ipfelkofer, 6 Mon., 2½ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Marg. Wagner, Bankdienersgattin, 42 J. 11 Mon., 3 Uhr; Rosa Weiß, Hilfsarbeiterskind, 11 Mon., 2¾ Uhr.

Sendlinger Friedhof: Michael Siebinger, ehemal. Braugehilfe, 71 J., 11½ Uhr.

Werbt für den „Völk. Beobachter" neue Bezieher!

Bayern

Der Verfassungstreue

Bekanntlich lassen die Marxisten keine Gelegenheit vorübergehen, um sich immer wieder als die Zionswächter der Verfassung aufzuspielen. Dies tut nicht zuletzt der Landtagsvizepräsident **Auer**, dem der „Bayer. Kurier" folgendes ins Stammbuch schreibt:

„Der **Munitionsarbeiterstreik** habe, so erklärt er, in ihm und seiner Partei „den schärfsten Gegner" gefunden; „die sozialdemokratischen Instanzen, bei denen er Einfluß besessen habe, traten sofort in ablehnendstem Sinne in Aktion". Was aber seine Stellung zur Revolution anlange, so habe er diese in „der historisch gewordenen" Versammlung vom 25. Oktober (im Wagnersaale) eindeutig dahin formuliert, daß „die Überführung des Obrigkeitsstaates in den Volksstaat gesetzlich und auf dem Verwaltungswege (soll wohl heißen „Verfassungswege") verankert werden" müsse, daß die „Anwendung von Gewaltmitteln" „das Verhängnisvollste" sei, was der deutsche Arbeiter unternehmen könne, und daß die Umwandlung nur als „allmähliches Übergehen und Hineinwachsen in die kommende Ordnung" vor sich gehen könne. In diesem Standpunkte habe er „festgehalten und in allen Lagen praktisch danach gehandelt"; er müsse es also „entschieden ablehnen, mit irgendeiner Revolutionsromantik in Verbindung gebracht zu werden".

Soweit Herr Auer am 1. August 1923. Vierundeinhalb Jahre vorher war in München in vielen Tausenden von Exemplaren ein Flugblatt verteilt worden, das gleichfalls zu den von Herrn Auer kürzlich behandelten Fragen Stellung nimmt. Dieses „Urkundenstück" sieht in dem **Munitionsarbeiterstreik** eine grundsätzlich preiswürdige Tat, die nur taktisch verfrüht gewesen sei; „die im Januar einsetzenden Ausstände waren nicht allgemein noch zielklar"; gewisse „Brennpunkte der sozialen Bewegung", wie Leipzig, hätten versagt; die allgemeinen Voraussetzungen seien noch nicht gegeben gewesen, um „den Stier an den Hörnern zu fassen"; man könne ein „Schwungrad in vollem Gange" nur dann zum Stehen bringen, wenn man „die Hand an der Dampfsteuerung oder an der Kurbel" habe. Doch könne „den Pionieren, die uns im Januar im Kampfe vorangegangen, das Zeugnis nicht versagt" werden, daß „ihr damals aussichtsloses Beginnen und die persönlichen Opfer, die es im Gefolge hatte, nicht gefahrlos waren"; „sie haben die Seele des Volkes im tiefsten erschüttert und zum siegreichen Sturmlauf entscheidend gestählt"; „die Kämpfer fielen, das Panier blieb aufrecht".

Dieser Würdigung des Januarstreiks entspricht naturgemäß auch die Wertung, die das Flugblatt der **Novemberrevolution** zuteil werden läßt. Der „sündhafte Aberwitz" der bisherigen Machthaber, so behauptet das Flugblatt, hätte „uns vielleicht in den Abgrund völlig hinabgestoßen, wenn Soldaten und Matrosen sich nicht rechtzeitig ihrer **Menschenrechte** besonnen hätten"; einer „Regung wahnsinniger Ehrsucht und Eitelkeit" hätten „die Kieler Matrosen das Recht ihres Lebens entgegengesetzt"; „die Revolution war da . . . sie ist nun unser neues Gesetz und ureigenster Besitz"; „wir werden ihn uns nicht entwinden lassen"; die Notregierung sei entstanden; „ihr stellten sich, die Hand am Werk gehabt hatten, die Arbeiter- und Soldatenräte zur Seite"; in dem Zeitpunkt, da unsere militärische Stoßkraft in West und Ost zerfallen, sei „für uns der rechte Augenblick gekommen"; „er wäre auch ohne die großherzige, mannhafte Tat der Kieler Matrosen nicht ungenützt verstrichen".

Soweit das Flugblatt vom Januar 1919; es ist unterzeichnet mit dem Namen eines in Bayern nicht unbekannten Politikers, mit dem Namen: „**Erhard Auer, Landesvorstand der Sozialdemokratie Bayerns,** München, Altheimereck 19".

Nun ist ein Doppeltes klar: Zum ersten dies, daß Herr Auer, durchdrungen von jener Ehrlichkeit, die er auch im August 1923 für sich beanspruchte, das bayerische Volk in der historischen Stunde, da es den Weg „von der Alleinherrschaft zur Freiheit" zu schreiten im Begriffe war, weder über seine eigenen Anschauungen noch über die geschichtlichen Zusammenhänge belogen und betrogen haben konnte; wenn irgendwann, so hat sicherlich in jenem großen Moment Herr Auer die reinste (subjektive) Wahrheit gesagt. Reinste objektive Wahrheit ist es also, daß Herr Auer im Januar 1919 die Revolution und ihre Vorläufer als glorreiche Taten und als sein „ureigenster Besitz" angesehen hat; reinste (objektive) Wahrheit muß es darum auch sein, daß Herr Auer in seiner unbeirrbaren politischen Folgerichtigkeit und Ehrlichkeit jene Überzeugungen bereits **vor** der Revolution gehegt und bereits damals seine praktischen Handlungen in Einklang mit seinen theoretischen Überzeugungen gebracht hat.

Zum zweiten aber ist klar, daß die politischen Überzeugungen, die Herr Auer im Sommer 1919 ausgedrückt hat mit den Anschauungen, die er im August 1923 vertritt, sachlich **schlechterdings unvereinbar sind.**"

Der letzte Aufruf?

Der Regierungspräsident von Schwaben und Neuburg hat an die Landwirtschaft einen Aufruf gerichtet, in dem unter Hinweis auf die große Notlage und die enorme Teuerung zu einer guten Belieferung mit Lebensmitteln aufgefordert wird. — Hoffentlich bleibt es bei diesem **einen** Aufruf. Eine Wiederholung würde nur die Blamage vergrößern. — Nunmehr ist übrigens auch in Augsburg die Einrichtung eines Marktgerichts beschlossen worden, um wucherische Preistreibereien schnellstens zur Aburteilung bringen zu können. Die kleinen Diebe werden also nach wie vor gehenkt, die Großwucherer laufen gelassen.

Die Verwüstung des Bienwalds

Speyer, 14. August.

Am 4. August wurden aus dem **Bienwald in der Pfalz die letzten Forstverwaltungsbeamten ausgewiesen;** Oberforstmeister Puster, Kandel, Forstamtmann Leher aus Langenberg, Forstamtmann Fix aus Hagenbach, ebenso mehrere Betriebsbeamte. So ist nun der Bienwald, der mit seinen 38 Tagwerk, seinen prächtigen Eichen, Eschen- und Kiefernbeständen eines der wertvollsten Waldgebiete der Pfalz darstellt, von deutschen Forstverwaltungsbeamten völlig entblößt. Die Ausbeutung des Waldes erfolgt in rücksichtsloser Weise durch Beiziehung elsässischer Holzhauer, durch Holzhiebe, die den Waldbestand auf Jahrzehnte hinaus verwüsten.

Bayer. Siedlungs- u. Landbank München
Kanalstr. 29

Schaffung neuer Siedlungen — Anliegersiedlung — Erwerb und Veräußerung landwirtschaftlicher Anwesen — Vermittlung von Roggenrenten-Darlehen

Zweierlei Brot

Wir haben bekanntlich seit einiger Zeit zweierlei Brot: das gute markenfreie, wovon das Pfund jetzt 80 000 Mark kostet, und das schlechte auf Marken.

Unter der von der großen französischen Revolution her bekannten Devise Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurde bekanntlich auch die glorreiche Novemberrepublik ins Leben gerufen.

Gleichheit? Wie verträgt sich das zweierlei Brot mit der Gleichheit? Das gute für die, die sich auf Kosten des deutschen Volkes schamlos bereichert haben, und das schlechte für alle die Millionen anständiger Deutschen, die am Hungertuche nagen.

Wie verträgt sich solche Ungleichheit mit den marxistischen „Heilslehren"?

Einer für viele.

*

Bayerische Rundschau

Penzberg. (Kurt-Eisner-Straße.) Als vielleicht einzige Stadt in ganz Bayern besitzt Penzberg noch ein trauriges Zeichen aus den „Flitterwochen" der Revolution — eine Kurt-Eisner-Straße! Will sich der Gemeinderat von Penzberg nicht entschließen, diesen Schandfleck endlich einmal zu tilgen?

Würzburg. (Die Doppelzüngigen.) In der letzten Stadtratssitzung ritt nach einem Referat über die Notgesetzgebung Bürgermeister Freudenberger (Jude und sozialdemokratischer Führer und Volksredner) eine Attacke gegen den Kleinhandel und schob die Schuld an den heutigen Verhältnissen dem Volke in die Schuhe, das nicht einig sei. — So schimpfen die Juden jetzt planmäßig über den Kleinhandel, um das betrogene und belogene Volk, das Rechenschaft fordert, von dem Hauptschuldigen an all dem Jammer und Elend, dem Juden, abzulenken.

*

Turnen u. Sport

Ergebnisse des Sonntags.

(Infolge technischer Schwierigkeiten verspätet.)

Fußball.

Deutschland verliert gegen Finnland mit 1:2.

In Dresden vollzog sich das traditionelle Schicksal der deutschen Fußball-Nationalelf. Durch das Fehlen des Hamburger Harders wohl geschwächt, hätte sie doch nicht die Erwartungen der deutschen Sportgemeinschaft derart enttäuschen dürfen. Ganz besonders deswegen nicht, weil ihr Gegner außer Schnelligkeit und Kampfesmut nicht viel zu bestellen hatte. Ein Selbsttor der Deutschen aber und ein Durchbruch der Finnländer stellten das Ergebnis noch vor Ablauf der einleitenden Viertelstunde auf 2:0, und die deutschen Stürmer, die ebenso langsam wie unharmonisch spielten, hatten alle Mühe, ein mageres Tor durch den Bielefelder Claus-Ohler zu erringen. Mit 1:2 erlitt Deutschland seine 26. Länderspiel-Schlappe.

Die große internationale Interklubbegegnung zwischen dem 1. F.C. Nürnberg und den Prager Sparta mußte, Paßschwierigkeiten halber, die einige zu Übungen einrückende Prager Spieler hatten, abgesagt werden. An Stelle Prags sprang Sp.Vg. Fürth in dankenswerter Weise ein. Ergebnis:

1. F.C. Nürnberg — Sp.Vg. Fürth 1:0.

Nach schönem, vornehmem Kampf siegten die Nürnberger, deren Mittelstürmer Kalb in der 20. Minute eine Ecke mittels Kopfball verwandelte. Sp.Vg. Fürth schien vor dem gegnerischen Tore ergebnislos zu sein. Grund der Müdigkeit war wohl der harte Kampf, den sie am Tage zuvor in Stuttgart gegen die Stuttgarter Kickers zu bestehen hatte. Sie gewann, ungeachtet körperlichem Spiel der Schwaben, mit 4:3.

Bayern München erfüllte seine beiden Innsbrucker Spiele vollkommen in propagandärer Hinsicht: Am ersten Tag gewannen sie gegen den gegen früher erheblich verstärkten Meister S.V. Innsbruck mit 4:1, wobei sich Pöttinger im Sturm auszeichnete. Am zweiten Tag spielten die Bayern gegen A.K.V. mit ausgesuchter Genauigkeit zusammen: Ergebnis 6:1.

Schwaben Augsburg erlitt in Mannheim, obendrein etwas derb spielend, eine schwere 1:6-Niederlage durch V.f.R. Mannheim.

Zur Feststellung der drei noch ausstehenden Bezirksliga-Vereine in Württemberg und Baden fanden zwei Spiele statt. Im Ausscheidungsspiel in Karlsruhe gewann 1. Freiburger F.C. mit 3:1 gegen den Karlsruher F.V. den Zugang in die oberste Klasse. Im Württembergischen werden die beiden anderen Glieder der Oberliga durch das Dreirunden-System ermittelt. Im ersten Spiel heimsten S.C. Stuttgart und V.f.R. Heilbronn mit 0:0 je einen Punkt ein, während die ebenfalls beteiligten Stuttgarter Sportfreunde erst am nächsten Sonntag zum Zuge kommen.

In München gewann Pfeil mit 3:0 gegen Sp.Vg. Pasing und 7:0 gegen Bayern Reserven den Siegespreis des Turniers, das Pasing zu Ehren seines 15jährigen Bestehens veranstaltete.

Teutonias Reserven erlagen gegen Helios I mit 2:3. T.S.V. 1860 schlug die Turngemeinde mit 3:1.

Sonstige Ergebnisse: Pfeil Nürnberg — Viktoria Aschaffenburg 4:0, Jahn Regensburg — T.V. 1846 Nürnberg 1:5, Neckarau Mannheim gegen M.T.V. Fürth 3:5, 08 Lindenhof gegen M.T.V. Fürth 1:4, Waldhof — Mühlburg 4:2, Phönix — Sp.Vg. 07 1:0, Neckarau — Feuerbach 0:1, F.S.V. Frankfurt — Hanau 93 1:3, V.f.R. Frankfurt — M.T.V. Ingolstadt 3:3.

Eintracht Frankfurt weilte in Norddeutschland, schlug den V.f.V.B. in Bremen mit 4:3 und verlor gegen Eimsbüttel Hamburg mit 2:3.

Schlagball.

Jahnwoche. 1860 ließ seine Mannschaften unerklärlicher Weise nicht antreten. Die beste Rolle spielte bisher Jahn II, der 1860 I mit 73:52, Turnerbund I mit 56:44 und Turnerschaft I mit 62:56 dank gutem Feldspiel und guter Umsicht.

Radfahren.

Die deutsche Stehermeisterschaft in Leipzig über 100 Kilometer ergab folgende Plazierung: 1. Rosellen 1:21:47,3, 2. Thomas 950 Meter zurück, 3. Wittig 4800 Meter zurück.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Aus der Jugendbewegung

II. Zug. Mittwoch, 15. August 1923. 5 Uhr 20 früh antreten **vor dem Starnbergerbahnhof. Proviant für** 1 Tag, Kochgeschirr, Badehose sowie 10 000 M. Stab mitzunehmen. **Pflichtausflug.**

*

Ein neues Flugblatt

Die Bewegung hat ein **neues Flugblatt, betitelt: „Der Kampf um die Macht", herausgebracht, welches vor allem auf** jüdischen Bekenntnissen fußt. Dieses ist infolge der genauen Quellenangaben (auf Wunsch wird auch ein Beiblatt mit Literaturangaben beigefügt), auch zur Aufklärung der sogen. gebildeten Schichten geeignet. Wir bitten, das Blatt an Lehrer der Hoch-, Mittel- und Volksschulen, Pfarrer, Regierungsstellen usw. zu verschicken und es an den Universitäten zu verteilen.

Das Blatt ist erhältlich in der Geschäftsstelle der Bewegung, Corneliusstraße 12. Preis das Stück, Grundzahl, 0,02 M., für Kiloztr. Schlüsselzahl 300 000 M. ohne Porto u. Verpackung.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Biberach, Riß (Württemberg). In der Stadt Christoph Martin Wielands und Matthias Erzbergers hat der Nationalsozialismus seit Monaten festen Fuß gefaßt zum großen Leidwesen der Warenhaus- und Viehhändlerjuden und ihrer marxistischen Schutztruppe. Schon mehrmals wurden einzelne unserer Pg. nächtlich angegriffen. Aber den Höhepunkt kommunistischer Frechheit bildeten die Vorfälle nach unserem letzten Sprechabend am Freitag, 10. August, wo ein Pg. die Begriffe: Deutscher, Jude, Christ und Christenjude klarstellte.

Ein Pg., der später zur Versammlung kam, fand alle Straßen zum Parteilokal von Kommunistentrupps besetzt und benachrichtigte die Polizei, die ganze zwei Mann (!) in die bedrohte Gegend schickte. Trotzdem wurde ein Pg., der das Lokal früher verlassen wollte, **blutig geschlagen** und auf ihm herumgetrampelt, obwohl er infolge schwerer Handverletzung den Arm in der Schlinge trägt und wehrlos ist.

Unsere Pg. mit Gästen und Frauen verließen geschlossen das Lokal, um sich in den Schutz der Polizei zu begeben. Mit dem Ruf: „Zieht blank!" wurden die letzten von einem Kommunistenhaufen angegriffen, der zur Hälfte aus auswärtigem Gesindel bestand. Die Polizei verhielt sich vollständig untätig. Wir hatten auf Selbstschutz verzichtet, was sich bitter gerächt hat.

Nun erwarten wir, daß die Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage wegen Landfriedensbruch erhebt. Auf seiten der „Kommunisten" wurden von uns die stadtbekannten Messer- und Revolverhelden festgestellt. Wir erklären, daß wir von heute ab jeden Angriff mit allen Mitteln in schärfster Weise zurückweisen werden, nachdem die Ordnungsorgane nicht gewillt sind, friedliche Einwohner gegen Überfälle zu schützen.

Hohenberg a. Eger. Am 26. v. M. fand in unserem Orte eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Hilf aus Erlangen über das Thema „Nationalsozialismus oder Bolschewismus" gesprochen hatte. Als Gegenredner war damals auch der sozialdemokratische Parteisekretär Seidel aus Hof aufgetreten, welcher versucht hatte, einige Ausführungen des Parteigenossen Hilf zu widerlegen. Worauf aber Herr Seidel damals nicht eingegangen war, das ist das von unserem Parteigenossen besprochene innige Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Judentum. Herr Seidel hatte sich damals lediglich damit begnügt, zu erklären, er persönlich habe mit den Juden nichts zu tun.

In der Folge 177 der sozialdemokratischen „Oberfränk. Volksztg." erschien nun vor einigen Tagen ein Bericht über diese „Hakenkreuzlerversammlung", welcher jedenfalls von dem erwähnten Parteibonzen stammen dürfte und der natürlich strotzt von allerlei Anwürfen, wie man sie von solchen Leuten ja schon gewöhnt ist. In diesem Berichte heißt es u. a.: „Wenn Deutschland von dieser Sorte (gemeint sind die Hakenkreuzler) Hilfe erwarten müßte, dann wäre es rettungslos verloren."

Gut gebrüllt, Löwe! Glaubst du vielleicht, daß deine von Juden geführte und verführte Partei Deutschland retten wird, deren Führer erklären, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt? Weißt du denn nicht, daß deine Partei es gewesen ist, die unser Volk ehr- und wehrlos gemacht hat und die unser Volk durch den „Dolchstoß von hinten" in dieses Elend hineingeführt hat, in dem wir uns nun befinden? Hast du denn schon vergessen, daß deine Partei es gewesen ist, die erklärt hat, daß ein voller Sieg des Reiches nicht im Interesse der Arbeiterschaft gelegen ist?

Ja, der Jude **Mehring** hat recht, wenn er in seinem Werke über die Sozialdemokratie schreibt: „Der innerste Kern der Sozialdemokratie ist der Haß gegen das Vaterland!"

Der rote Schreiberling schreibt dann weiters: „Lorbeeren konnten sie (die Hakenkreuzler) in dieser Versammlung sicher nicht ernten und die Hohenberger Arbeiterschaft wird schon dafür sorgen, daß die Bäume der Nationalsozialisten in ihrem Orte nicht in den Himmel wachsen."

Nun, der große Teil der Hohenberger Arbeiterschaft denkt und fühlt anders, nur ein kleiner Bruchteil ist es, der in unserem Orte eine Hetze gegen alles Deutsche schürt. Und die wenigen, die vor einigen Wochen einen deutschen Arbeiter überfielen, weil er das Hakenkreuz am Rocke trug, brauchen wir wahrlich nicht zu fürchten, wir werden Vorsorge treffen, daß solchen Elementen das Handwerk gelegt wird.

Die in der letzten Zeit hierorts stattgefundenen Versammlungen haben deutlich gezeigt, daß auch in unserem Orte der deutsche, vaterländische Gedanke marschiert! — Lorenz Winkler, Hohenberg.

Oettingen (Bayern). In unserem Rieser Landstädtchen, das als „Hitler-Hochburg" eine kleine Berühmtheit hat, fand am 7. und 8. August 1923 die erste Verbandstagung des „**Völkischen Verbandes Deutscher Briefmarkensammler, e. V., Sitz Oettingen (Bayern)**" statt. Aus allen Gauen Deutschlands waren Vertreter dieser völkischen Sache erschienen. Laut Bericht des 1. Verbandsvorsitzenden Pg. Schmittner hat die Vereinigung seit ihrem Bestehen großartige Erfolge erzielt und kann heute auf ihre sehr große Mitgliederzahl stolz sein. Ein eigenes Kampf-Fachblatt, das einzige auf diesem Gebiete in Deutschland, die „**Briefmarken-Rundschau**", Oettingen (Bayern), von Schiebern schon oft verwünscht, hält treue Wacht auf dem Gebiete der Briefmarkenkunde, die wohl am meisten mit jüdischem Geist verseucht ist. Es ist also allen national und völkisch gesinnten deutschen Sammlern Gelegenheit geboten, sich diesem Verbande anzuschließen und auch auf diese Weise am Aufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Auskunft erteilt: **Walter Hannover, Kaufbeuren**, Schmiedgasse 10.

Eine große Freude war es für alle Verbandstagsteilnehmer im „Deutschen Haus", die schneidige S.A. der N.S.D.A.P. Oettingen begrüßen zu können, welche gerade von einer Geländeübung einrückte und dann den Abend durch vaterländische Kampflieder verschönerte. Mit einem kräftig dröhnenden Heil auf unsere heilige, völkische Sache und dem innigen Wunsche, die Gäste im nächsten Jahre wieder begrüßen zu können, löste sich der Gesellschaftsabend, der allen Teilnehmern in unvergeßlicher Erinnerung bleiben wird, in später Abendstunde auf. Möge unser Oettingen noch recht oft völkische Gäste in seinen Mauern beherbergen.

Der Nationalsozialismus in der Rhön. Am Samstag, den 4. August, sprach unser Pg. D. aus Frankfurt in dem **Rhöndorfe Oberriedenberg.** Hoch oben auf dem Basaltwerk, in der Kantine, vor der zahlreichen Arbeiterschaft führte der Redner u. a. folgendes aus:

Vielfach wird es abgestritten, daß es überhaupt eine Judenfrage gibt. „Die Juden sind doch auch Deutsche", „die Juden sind doch auch Menschen" usw. Nun, was die Menschenwürde anbelangt, so wollen wir ihnen diese nicht abstreiten, wir wollen uns aber gleichzeitig erinnern, daß der Verbrecher, der sein Opfer auf die grausamste Art hinmordet, auch Mensch ist, und trotzdem erwehrt sich der Staat seiner.

In objektiver Weise besprach unser Genosse die Stellen in der Bibel, wo die Töchter Loths von ihrem Vater sich Nachkommenschaft erwarben, und zog den Schluß, daß Juda heute noch skrupellos ist und selbst vor Blutschande nicht zurückschreckt, wenn es glaubt, seinem Volke nützen zu können.

Weiter streifte er das Buch Esther, den Fall Jerichos, die ackerbautreibenden Philister usw. und zog daraus den Schluß: Jawohl, es gab und gibt heute erst recht eine Judenfrage. **Wie es um den Frieden geschehen war in dem Moment, da die Juden nach Kanaan zogen und die Ureinwohner sich nicht ausplündern lassen wollten, so ist es auch heute noch. Wer sich gegen Juda wehrt, der wird verleumdet.**

Von den Juden als Künstler, Arbeiter usw. zu sprechen, erübrigt sich. Auch im Mittelalter schon erwarb er sich sein Vermögen durch die fertige Arbeit. Daß man ihn nicht besonders achtete, und nicht in gesetzgebende Körperschaften hineinwählte, war wohl selbstverständlich. Ein jeder Meister mußte die Probe seines „Könnens" abgelegt haben. Er mußte praktischer Arbeiter sein.

Der Redner zeigte schließlich, wie das Judentum schon in der „verruchten" wilhelminischen Zeit gehaust hat, wie es bei Wilhelm II. Liebkind war; wie es im Kriege in alle Stellen, wo man flott verdienen konnte, sich hineindrängte, an der Front aber durch Abwesenheit glänzte. Nur bei der Revolution war es rasch zur Hand.

Die Macher der Revolution, die dem Volke früher goldene Berge, insbesondere den Kampf gegen den Kapitalismus, versprachen, versagten: Scheidemann u. a. haben, als sie an der Regierung waren, ruhig zugesehen, wie die Juden und Jüdlinge ihren Raub durch Kapitalflucht in Sicherheit brachten.

Die Ausführungen unseres Pg. fanden stürmischen Beifall.

*

Spenderliste. Bei F. Eher Nachfolger, G. m. b. H., eingegangene Spenden für Schlageter-Denkmalsfond:

Burschensch. „Albia", Wien	500 000 Kö.
Karl Kumpert, Eger	10 Kc.
Franz Tauer, Eger	9 Kc.
Lorenz Winkler, Hohenberg	6 Kc.
Hans Lecher, Konradsgrün	3 Kc.
Ernst Haas, Eger	5 Kc.
Hans Rubner, Tobiesenreuth	5 Kc.
Ortsgruppe der D.N.S.A.P. Liebenstein	5 Kc.
Summa	43 Kc.
Teplitzer Turner	230 000 M.
Auf den Namen Simon Ziegler (versch. Spenden)	80 000 M.
J. Biesel, Saarbrücken	10 000 M.
Neuberger i. A. d. „Zunft Sulwa"	35 000 M.
Eger, Nußbaum	20 000 M.
Gräbner, Chemnitz	162 000 M.
Summa	557 000 M.

Nachtrag: Karl Ranigler, Meran, 10 Lire.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Betrügerische Wirtschaftspolitik

Unter „Handel und Wirtschaft" berichtete die „Bayer. Staatszeitung" über den Geschäftsbericht für 1922/3 der **Eisenwerk-A.-G. Maximilianshütte.** Gar mancher wird den Bericht gelesen haben, ohne sonderlich darüber nachzudenken und nachdenken zu können, weil ihm die Unterlagen zur richtigen Beurteilung des Berichts fehlen. Es heißt in demselben:

„Das Unternehmen erzielte im Berichtsjahre einen Überschuß von 904 325 122 M.: ... die Verwaltung schlägt vor, hieraus ... als Dividende auf jede Aktie von 2000 M. eine Gesamtausschüttung von 120 Goldpfennigen, bei einem Dollarstand von 21 000 (Ende März 1923 (i. V. 10 Proz. plus 15 Proz. Bonus) ..."

120 Goldpfennige! „Wie bescheiden" wird sich mancher Leser, der auch von dem Schlagwort „Geldentwertung" umnebelt ist, gedacht haben. Und darauf ist die ganze Mitteilung in seiner irreführenden Begriffsverwendung und irreführenden Halbheit berechnet; darauf nämlich, den Eindruck der Genügsamkeit der Aktionär-Leihkapitalisten zu erwecken. Was aber ist die Wirklichkeit?

Wirklichkeit ist erstens, daß 120 Goldpfennige 300 Proz. auf die für die Aktien-Leihkapitalisten zu Buch stehenden Leihkapitalsummen ausmachen.

Wirklichkeit ist zweitens, daß die zur Verzinsung dieser zu Buch stehenden Leihkapitalsumme mit 300 Proz. nötige Summe von 198 750 000 M. im Jahre 1922 in Form der hohen und immer höheren Preise für die Produkte des Unternehmens der deutschen Wirtschaft, d. h. der deutschen produktiv arbeitenden Bevölkerung herausgezogen wurde.

Wirklichkeit ist drittens, daß die Berufsleihkapitalistengesellschaft im Jahre 1922 die für sie zu Buch stehende Leihkapitalsumme von 55 Millionen um 45 Millionen auf 100 Millionen erhöhte, diese 45 Millionen erst zu 1/4 = 11 250 000 M. in das Unternehmen einbezahlte. Sie gaben also dem Unternehmen nicht Goldpfennige, sondern die im Jahre 1922 vorhandenen Papierpfennige. Auch für Papierpfennige von 1922 hat das Unternehmen durch Hochtreiben der Preise die 300 Proz. = 120 Goldpfennige im Jahre 1922 aufbringen müssen. Das ist auf die zu einem Viertel von 45 Millionen einbezahlte Summe von 11 250 000 M. ein Betrag von 33 750 000 Mark und somit genau derselbe Betrag, den die Aktionärleihkapitalisten noch nicht einbezahlt haben. Die Aktionärleihkapitalisten haben also jetzt ein Schuldscheinpapier in der Hand, das auf der Börse gehandelt werden kann, z. B. mit 12 000 000 M. je Aktie von nom. 2000 M. Obwohl das Unternehmen selbst drei Viertel des Nominalbetrages aufbringen mußte, können doch die Aktionärleihkapitalisten die Schuldscheinpapiere, genannt Aktien, so auf der Börse verhandeln, als wenn sie den vollen Nominalbetrag selbst einbezahlt hätten. Also Papierpfennige wurden einbezahlt nur zu einem Viertel des Nominalbetrages. Das Unternehmen mußte die weiteren drei Viertel selbst aufbringen und hat künftig sachlich wie zeitlich unbeschränkt den vollen Nominalbetrag die 1922 von der Aktienberufsleihkapitalistengesellschaft zu Buch geschriebenen Leihkapitalsumme zu verzinsen. Zur Bemäntelung dieses Volksbetrugs wird eine bescheidene Goldpfennigverzinsung vorgeschwindelt; denn es ist Schwindel, wenn verschwiegen wird, daß die zu Buch stehende Leihkapitalsumme eine Papiersumme war, auf die das Unternehmen im gleichen Jahre 300 Proz. Zinsen aufbringen mußte.

Wirklichkeit ist viertens, daß auch die früher zu Buch geschriebenen Leihkapitalsummen nur mehr Papiersummen waren. 1851 wurde diese Aktien-Leihkapitalistengesellschaft gegründet mit 600 000 fl. = 1 028 574 M. Bis 1911 wurde von der Gesellschaft die zu Buch stehende und vom Unternehmen zu verzinsende Leihkapitalsumme auf 10 045 739 M. erhöht. Selbstverständlich hat sie dem Unternehmen in derselben Zeit einen vielfachen Betrag dieser Summe zur Verzinsung als Dividende entzogen. Die Entwicklung dieses wuchernden Gebarens ist dann bis 1922 folgende: Es wurden dem Unternehmen 30,33 Proz. in 1911, 47,5 Proz. in 1912 im Betrage von 7 818 539 M. entzogen und 1912 wieder 13 394 261 M. eingelegt, wodurch die zu Buch stehende Leihkapitalsumme auf 23 440 000 M. erhöht wurde. Dieser Vorgang wird bewußt irreführend als Kapitalserhöhung hingestellt, obwohl das früher angelegte Leihkapital dem Unternehmen schon längst infolge der unbeschränkten Verzinsung entzogen war und wieder entzogen wird. So wurde dem Unternehmen in den Jahren 1913 bis 1919 entzogen 10,5; 12; 12; 12; 15; 7; 10 Prozent im Betrage von 18 400 400 M. Weil so dem Unternehmen das Betriebskapital infolge der seit 1851 dauernden Bewucherung entzogen war, wurden ihm 1920 wieder 26 560 000 M. gegen neuen Verzinsungsanspruch geliehen und auf die nunmehr 50 Millionen M. betragende, zu Buch stehende Leihkapitalsumme 25 Proz. = 12 500 000 M. entzogen, 1921 wieder 5 Millionen eingelegt und auf die 55 Millionen Mark betragende Leihkapitalsumme wieder 25 Proz. = 13 750 000 M. entzogen; 1922 45 Mill. Mark eingelegte und auf die 100 Millionen betragende Leihkapitalsumme 300 Proz. (45 Mill. = 75 Proz.) = 198 750 000 M. entzogen. Diesen Vorgang wird man erst richtig würdigen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich die einzeln zu Buch geschriebenen Leihkapitalsummen verzinsen. Es mußte das Unternehmen, das von 1851 bis 1910 nach und nach zu Buch geschriebene Leihkapital von 10 045 739 M. allein in den Jahren 1911 bis 1922 mit 506,33 Proz. = 50 864 591 Mark, die Summe von 13 394 261 M. von 1913 bis 1922 mit 428,50 Proz. = 57 394 408 M., die Summe von 26 560 000 M. von 1920 bis 1922 mit 350 Proz. = 92 960 000 Mark, die Summe von 5 Millionen Mark von 1921 bis 1922 mit 325 Proz. = 16 250 000 M. und die Summe von 45 Millionen von 1922 mit 75 Proz. = 33 750 000 M. verzinsen. Auf die zu Buch stehende Aktien-Leihkapitalsumme von 100 Millionen M. wurde also dem Unternehmen allein aus den Geschäftsjahren 1911 bis 1922 die Summe von 251 218 999 M. zur Verzinsung durch die Aktien-Leihkapitalistengesellschaft entzogen.

Wirklichkeit ist fünftens, daß am Schlusse des Geschäftsjahres 1922/23 im Unternehmen nur ein Barbestand von 36 379 092 M. neben Beteiligunmen ergeben sich aus der rechnerischen verfügbar waren. Die weiteren Sum-Mark, also nur 58,5 Millionen sofort gen und Wertpapieren von 22 323 748 Vorräte. Diese Einschätzung und zu Einschätzung und zu Buchstellung der Buchstellung ist Ermessenssache desjenigen, der die Inventur und Bilanz macht. Diese Summen sind nicht sofort verfügbar gewesen. Die Bestände mußten erst verkauft werden. Aus demselben Geschäftsschluß mußte aber das Unternehmen an die Aktien-Leihkapitalistengesellschaft die Summe von 198 750 000 M., also nahezu 3½mal soviel an Zinsen auszahlen, als zum Schlusse des Geschäftsjahres im Unternehmen sofort verfügbare Barmittel und Schuldscheinpapiere vorhanden waren. Es war deshalb für das Unternehmen ein Ding der Unmöglichkeit, die Bestände billiger abzugeben, weil es sonst auf diese Weise schon wieder tiefer in das Leihkapitalbedürfnis gedrängt worden wäre; d. h. die Bestände, das von anderen Industrieunternehmen benötigte Rohmaterial mußte so lange zurückbehalten werden, bis der angenommene Preis auch tatsächlich erreicht wurde. Diese Zurückhaltung ist deshalb möglich, weil diese Aktien-Leihkapitalistengesellschaft selbst eine Reihe von Unternehmen in ganz Deutschland im Laufe der verflossenen 72 Jahre an sich zu bringen wußte, und so die Konkurrenz ausschaltete. Dazu befinden sich einzelne der Leihkapitalistengesellschaften noch in weiteren Leihkapitalistengesellschaften, die andere Konkurrenzunternehmen in den Krallen haben, so daß auch dadurch die Konkurrenz ausgeschaltet wird.

Wirklichkeit ist ferner, daß der Zweck dieser und der gleichartigen das deutsche produktiv arbeitende Volk auswuchernden Leihkapitalistengesellschaften der ist: unbegrenzte Verzinsung aufzubringen, nicht aber der Produktion zu dienen. Erscheint die unbegrenzte Verzinsung der nur mehr zu Buch stehenden Leihkapitalsummen gefährdet, so wird der Betrieb eingeschränkt oder stillgelegt, die zinsaufbringenden geistig und körperlich Arbeitenden werden arbeitslos.

Wirklichkeit ist auch, daß das Unternehmen im Geschäftsjahre 1922/23 nur 182 582 748 M. an „Generalkosten" (das sind Gehälter, Löhne, Spesen usw.), daneben aber 198 750 000 Mark zur Verzinsung des zu Buch stehenden Aktien-Leihkapitals, also hierzu 15,5 Millionen mehr aufbringen mußte. Hätten die zinsaufbringenden im Unternehmen arbeitenden Arbeitnehmer umsonst gearbeitet, so hätten eben die Aktien-Leihkapitalisten statt 300% schon 600% für sich verteilen können und diesen Wucher nach außen hin statt mit 120 Goldpfennigen mit 2400 Goldpfennigen bemänteln, weil sie wissen, daß diese Halbheiten der Berichte in der Handelspresse ein geeignetes Mittel sind, den Wucher zu verdecken, denn „120 Goldpfennige", ja selbst „240 Goldpfennige" klingt so bescheiden, daß jeder der die Vorgänge im Zusammenhang nicht kennt, unwillkürlich die Bescheidenheit dieser Aktien-Leihkapitalistengesellschaft rühmt.

Diesem Schwindel, Betruge und Wucher hat bisher noch keine „daitsche" Regierung angegriffen oder gar abgestellt. Viele deutsche Volksgenossen glaubten, die Revolution würde reinen Tisch machen. Aber auf die Frage, was jetzt mit den Kriegsgewinnlern, Schiebern und Wucherern geschehe, die mit ihrem Geld ins Ausland fliehen, sagte bekanntlich der bayer'sche Revolutionsministerpräsident Eisner in der Versammlung in Regensburg am 14. Dezember 1918:

„Laßt sie laufen, wir brauchen sie nicht, das deutsche Volk hat etwas besseres, es hat die Arbeit." Es ist deshalb kein Wunder, wenn die be-

Soeben erscheint die Broschüre

SCHLAGETER

SEIN WIRKEN FÜRS VATERLAND UND SEINE LETZTEN TAGE

Geschildert von seinem Freunde und Begleiter W. Hügenell

Mit 13 Bildern und seinen 7 Briefen

Grundpreis: 0,50 M. × Schlüsselzahl

Verlag Deutschvölkische Buchhandlung München, Thierschstr. 15

Postscheckkonto 11346 Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München

wußten Handhaben des Wuchers, voran die Juden, die Trabanten, die marxistischen Sozialisten und Kommunisten auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hetzen, denn das ist die Partei, die im § 11 ihres Programms fordert: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft."

Der gesetzgeberische Weg, der hierzu begangen werden muß, ist folgender: 1. Wiederherstellung und gesetzrechtliche Anerkennung des naturrechtlichen Eigentumsrechtes für alle geistig und körperlich produktiv tätigen Volksgenossen. Der Eigentümer arbeitet selbst mit seinem Eigentum, trägt selbst Sorge für die Erhaltung des Eigentums, kann damit selbst das Risiko tragen, kann es selbst gegen Betrug, Dieberei, Raub und Wucher schützen und es selbst zu seinem und seiner Volksgenossen Nutzen gebrauchen.

Der beste Verwalter ist der Eigentümer; er kann nicht ersetzt werden durch staatliche Polizeiorgane oder Gläubigerbeauftragte. 2. Festsetzung eines Höchstzinsfußes mit Tilgungspflicht durch den Zinsfuß für jedes andere langfristige Leihkapital. Nur dadurch kann das naturrechtliche Eigentumsrecht gesetzesrechtlich wieder hergestellt werden, nur dadurch kann der Wucher bekämpft und abgestellt werden.

Der marxistische Sozialismus und Kommunismus dagegen ist der bewußte Handlanger des Kapitalismus. Denn Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus sind Feinde des naturrechtlichen Eigentumsrechtes.

Arbeitersekretär L. Wimmer, Regensburg.

*

Deutscher Maschinenbau

Der gewaltige Marksturz, die verschärften Maßnahmen der Besatzungsmächte und die unklaren innen- und außenpolitischen Verhältnisse gestalteten das ganze deutsche Wirtschaftsleben und damit auch die Lage des Maschinenbaues im Juli im höchsten Grade unübersichtlich. Das Überangebot an Arbeitskräften bestand im Juli weiter. Arbeiterentlassungen in größerem Umfange ließen sich auch in diesem Monat durch Kürzung der Arbeitszeit und andere Maßnahmen umgehen. Eine Verschärfung der Lage zeigte sich auch darin, daß die sprunghafte Verteuerung der Lebenshaltung andauernde Lohnkämpfe zur Folge hatte, die große Unruhe in die Betriebe brachte. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die Forderung eines „wertbeständigen Lohnes". Roh- und Brennstoffe standen im allgemeinen in gleichem Umfange wie im vorhergehenden Monat zur Verfügung. Eine Besserung der Versorgung war keinesfalls zu verzeichnen; in manchen Betrieben begann der Mangel an Schmelzkohle und bestimmten Roh- und Walzeisensorten ernste Formen anzunehmen. Die Folge war eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen und ein größerer Bedarf an Devisen. Die Anzahl der Anfragen aus dem Inland hat sich etwas vermehrt; doch entsprach ihr die Zunahme der erteilten Aufträge noch nicht. Die Maschinenindustrie erlitt täglich große Verluste bei Markforderungen, wie Bankguthaben usw. und dadurch, daß verspätet eingehende Zahlungen nicht auf den Geldwert des Zahltages aufgewertet wurden.

Im Auslandsgeschäft waren trotz des Tiefstandes der Mark die Aufträge noch ganz ungenügend. Das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Industrie wird durch die Ruhrbesetzung und durch die dadurch geschaffene Unklarheit der politischen Lage allem Anschein nach ungünstig beeinflußt. Im Inlande ist die Lage durch das zunehmende Erlahmen der Kaufkraft und der Unternehmungslust gekennzeichnet.

Markverkauf ins Ausland verboten

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten verbietet den Markverkauf ins Ausland. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut: § 1. Es ist verboten, Geldbeträge in Reichswährung mittelbar oder unmittelbar an einen im Auslande ansässigen Inländer oder Ausländer zu verkaufen oder zur Verfügung zu stellen, soweit die Geldbeträge den Gegenwert von zehn englischen Pfund überschreiten. Soweit nach Satz 1 Geschäfte zulässig sind, darf innerhalb eines Monats dem gleichen Empfänger nicht mehr als der Gegenwert von 25 englischen Pfund durch den gleichen Leistenden zugewandt werden. Ausnahmen bewilligt die Prüfungsstelle. Auf eine Beschwerde entscheidet der Beauftragte des Reichswirtschaftsministers für Devisenprüfung. § 2. Die Geschäfte der Reichsbank, der Devisenbeschaffungsstelle und der etwa von der Reichsbank ermächtigten Stellen bleiben von dem Verbot des § 1 ausgenommen. § 3. Auf Zuwiderhandlungen finden die Vorschriften der §§ 11, 13, 14 und 15 der Valutaspekulationsverordnung entsprechende Anwendung. Durch Gefängnis kann auch auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. § 4. Der Reichswirtschaftsminister kann Übergangs- und Ausführungsbestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen. § 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Aus der Praxis der wertbeständigen Löhne

Das wertbeständige Lohnsystem macht zusehends Fortschritte. In den ersten Wochen des August sind die wertbeständigen Löhne über den Stand der übrigen hinausgerückt, haben zum Teil auch die Inderzahlen hinter sich gelassen. Ein Überblick über die wertbeständigen Löhne im Verhältnis zu den üblichen ergibt folgende Aufstellung. Erste Augustwoche 1923: Papierindustrie 45 000, Holzgewerbe 35 500, Sägeindustrie 34 000, Elektrizitätswerke 49 000, Keramische Industrie 49 800, Baugewerbe 47 200, Tonindustrie 23 000.

Die Entwicklung in Bayern, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Regelung der Arbeitertarife und Angestelltengehälter nur unter großen Schwierigkeiten herbeizuführen vermag, ist im Verhältnis zum übrigen Deutschland ziemlich gediehen. Das Münchener Brauereigewerbe, die Chemische Industrie, die Münchener Elektrizitätswerke, die Steinindustrie, Feinkeramik, die Großstadt Metallindustrie machen die ersten tastenden Versuche zur Einführung wertbeständiger Tarife und Gehälter. Es ist leicht erklärlich, daß die Verhandlungen über das wertbeständige Lohnsystem gerade zu Zeiten inflatorischer Geldmarktkatastrophen, wie wir sie jetzt erleben, besonders schwierig sind. In der Praxis dürfte es noch eine außerordentliche Zeit dauern bis die Versuche zur durchgehenden Einführung vollen Erfolg zeitigen.

Die Goldbasis

Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Rauchwarenfirmen hat beschlossen, den derzeit gültigen Veredelungstarif, der bis zum 24. August läuft, bereits vom 13. August ab durch einen neuen Tarif auf Goldbasis zu ersetzen. Die alte Tarifkommission bleibt bestehen und wird sofort mit den Vertretern des Rauchwarenzurichter- und -färberverbandes in Unterhandlungen treten, um die Details der neuen Abmachungen auszuarbeiten. Das Provisorium mit den neuen höheren Zurichtepreisen tritt am nächsten Montag in Kraft.

Die deutschen Gummireifenfabriken haben wertbeständige Preise in Goldmark festgelegt. Alle Angebote, Verkäufe und Berechnungen erfolgen in Goldmark. Vier Goldmark sind ein Dollar. Die Differenz von 20 Goldpfennigen ist in der Kalkulation berücksichtigt. Die Zahlungen sind in Papiermark zu leisten. Maßgebend für die Umrechnung ist der an der Berliner Börse notierte Briefkurs der Dollardevise vom Vortage der Zahlungsabsendung. Die Berechnung der Goldmarkpreise erfolgt ab 12. August.

Neue Goldzollberechnung

Bisher ist das Goldzollaufgeld seitens des Reichsfinanzministeriums am Donnerstag einer jeden Woche auf Grund des Dollarkurses der letzten drei Wochen errechnet und jeden Freitag veröffentlicht worden. Es hatte Gültigkeit vom Mittwoch der nächsten Woche bis zum Dienstag der darauffolgenden. Da diese Art der Berechnung der tatsächlichen Entwertung der Mark nicht Rechnung trug, wird vom Mittwoch, 15. August 1923, ab das Goldzollaufgeld neu festgesetzt, und zwar nur nach dem durchschnittlichen Dollarkurse der letzten Woche. Es tritt am Samstag, 18. August 1923, in Kraft und hat bis einschließlich Freitag, 24. August 1923 Gültigkeit. Vom 25. August 1923 ab läuft die Gültigkeit des Goldzollaufgeldes stets von Samstag einer Woche bis zum Freitag der nächsten. Die Veröffentlichung erfolgt, so wie bisher, jeden Freitag.

Die Veröffentlichung der Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe in Gold wird der Veröffentlichung des Goldzollaufgeldes angepaßt.

Entwicklung des Brotpreises

Von der Münchener Bäckerinnung erhalten wir anläßlich der neuen Brotpreise folgende Zuschrift:

„Die neuen Preise dürften für die Konsumenten im ersten Augenblick erschreckend wirken, da die Kaufkraft bedauerlicherweise ganz erheblich zurückbleibt. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Bäckermeister Münchens im Kreuzbräu hat zur Erhaltung der Existenz und weiteren Ermöglichung der Volksernährung vorstehende Preise beschlossen. Die Notwendigkeit der Erhöhung dürfte durch nachstehende Vergleiche leicht begreiflich sein.

Auf die Herstellung von Semmel und Brot wirken folgende Materialien belastend:

Kohlen: Friedenspreis: v. Zentner 1 M., Heutiger Preis: 2 000 000 M., Erhöhung: 2 000 000fach; Weizen per Ztr. 10 M., 7 000 000 M., 700 000fach; Mehl: v. Ztr. 13.50 M., 11 000 000 M., 880 000fach; Hefe: v. Pfd. 0.50 M., 350 000 M., 700 000fach; Semmel: v. Stück 2½ Pf., 10 000 M., 400 000fach; freies Brot: p. Pfd. 20 Pf., 80 000 M., 400 000fach; Markenbrot: p. Pfd. 16 Pf., 11 000 M., 68 750fach.

Die aus der Geldknappheit entstandene Notmaßnahme in der Auszahlung des Arbeitslohnes durch Schecks bedingt für Gewerbe und Kleinhandel eine neue schwere Belastung. Nicht nur daß die Schecks den Charakter von Geld durch längeren Umlauf erhalten, sind außerdem durch Überlastung der Banken die Gutschriften erst in zirka acht Tagen möglich, was unzählige Millionen Verlust für den Mittelstand bedeutet. Dazu noch die Gefahr, daß gewissenlose Elemente ungedeckte Schecks in Umlauf bringen können und damit dem Schwindel Tür und Tor geöffnet wird."

Neue Anleihen

Die Stadt Rosenheim hat im Jahr 1919 zwecks Ausbaus des städtischen Elektrizitätswerkes eine 4%ige 2-Mill.-Anleihe und zu Beginn dieses Jahres für allgemeine, hauptsächlich Wohnungsbauzwecke, eine weitere 8%ige Anleihe von 40 Mill. aufgenommen. Die Stücke dieser beiden Emmissionen wurden, gleich den älteren Anleihen der Stadt Rosenheim, zum Handel und zur Notiz an der Münchener Börse zugelassen. Nach dem Stand von Ende 1922 betrug das werbende Vermögen der Stadt, zum größten Teil gerechnet zum Wert von 1919, rund 101 Mill. Goldmark und das Reinvermögen nach Abzug aller Schulden 93,07 Mill. Goldmark. An Gemeindeumlagen wurden in 1922 erhoben: 600% Grundsteuer und 400% Haus- und Gewerbesteuer.

•

Der Hamburger Staat legt eine Anleihe von einer Million Pfund Sterling zu 5 Prozent auf, von der 300 000 Pfund zur Zeichnung angeboten in Devisen gezeichnet werden. Der Emmissionskurs beträgt unter dieser Voraussetzung 94 Prozent, im Falle der Einzahlung in Reichsmark 98 Prozent.

Wirtschaftsrundschau

Anleihesorgen ohne Ende

Berlin. Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Samstag mit dem Gesetzentwurf über die Sicherung und steuerliche Behandlung der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches. Staatssekretär Fischer wies darauf hin, daß der Reichsrat im Gegensatz zur Regierungsvorlage vorgesehen habe, daß bei der Flüssigmachung der erforderlichen Deckungsmittel durch Zuschläge zur Vermögenssteuer die Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrates und des Ausschusses des Reichstages bedürfen solle. Wenn jedesmal eine gesetzgeberische Aktion nötig sei, würde den Anleihezeichnern nicht die genügende Sicherheit gegeben werden. Deshalb schlage er einen Mittelweg vor, nach welchem bei einem Mangel an Deckungsmitteln aus ordentlichen Einnahmen des Reiches Zuschläge zur Vermögensteuer zu erheben sind. Die Höhe der Zuschläge wird vom Reichsfinanzministerium mit Zustimmung des Reichsrates und des Ausschusses des Reichstages festgesetzt. Reichswirtschaftsminister Becker betonte, daß man versuchen müsse, einen Teil der Anleihe durch Devisen bezahlt zu erhalten und sei es auch mit Zwangsmitteln. Ferner sei die Frage, ob man nicht für die kleinen Zeichner, die mit Devisen bezahlen wollten, eine Amnestie für etwa mit der Devisenverordnung in Widerspruch stehenden Erwerb von Devisen einfügen sollte. Im weiteren Verlauf der Aussprache wies Staatssekretär Fischer darauf hin, daß die Darlehenskassen der Reichsbank gegen wertbeständige Pfänder nur wertbeständige Darlehen gewähren. In der Abstimmung wurde der erste Teil der Regierungsvorlage angenommen und sodann die Verhandlung auf Montag vertagt.

Goldmarkberechnung

München. Die Münchener Arbeitgeberschaft im Buchgewerbe kam zu dem Beschluß, daß nur noch die Berechnung der Drucksachen nach Goldmark nach Dollarbasis von 4.20 M. die Möglichkeit in sich schließt, den Anforderungen, die die Löhne, Materialkosten usw. mit sich bringen, gerecht zu werden. Es werden deshalb von heute Montag ab in München alle Buchdruckereien nach Goldmark berechnen.

Katastrophale Inderbewegungen

Berlin. Die Erhöhung des Dollarkurses auf 3,3 Millionen am 7. August steigerte auch das Niveau der Großhandelspreise um 163,5% gegen den 31. Juli auf das 483 461fache, das der Industriestoffe um 190% auf das 734 806fache, das der Inlandswaren um 134% auf das 400 173fache. Die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise ist also zunächst noch hinter der Verdreifachung des Dollarkurses zurückgeblieben, so daß sich ihr Goldniveau von 70% am 31. Juli auf 61,5% am 7. August senkte.

Löhne und Tarife

München. Durch Schiedsspruch des tariflichen Einigungsamtes vom 8. August wurden die Löhne der bayerischen Brauereiarbeiter um 1 440 000 bis 3 672 000 M. pro Woche ab 5. August 1923 erhöht. Die Spitzenlöhne betragen in den Großstädten 3 700 000 M., in Zone 1 3 345 264 M., in Zone 2 3 058 988 und in Zone 3 2 812 866 M.

Berlin. Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Auf persönliches Eingreifen des Reichskanzlers fanden am Freitag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers erneute Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne im deutschen Buchdruckergewerbe ab 4. August statt, die zu einer Einigung dahin führten, daß der Wochenlohn vom 4.—10. August auf 5 Millionen Mark in der Spitze erhöht wurde. Dies bedeutet eine Erhöhung der bisher vereinbarten Löhne um weitere 56,2 Prozent. Die Schlüsselzahl des D.B.V. wurde infolge der vereinbarten Inderberechnung und den weiteren Lohnerhöhungen ab 11. August c. auf 32 000 erhöht.

Berlin. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamten-Angestellten und -Arbeiter führten zu folgendem Ergebnis: In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortszulage für die dritte Augustwoche 145 800, für die ungelernten Arbeiter 136 800 betragen. Den Reichsbeamten werden die zur Zeit geltenden Teuerungszuschläge und die örtlichen Sonderzuschläge zum Grundgehalt, zu den Diäten den Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen, sowie der zur Zeit geltende Frauenzuschlag für die Zeit vom 17. bis Ende August 1923 — zweite Monatshälfte — bereits am 15. August bezahlt. Für die vollbeschäftigten Angestellten bei der Reichsverwaltung kommt als weitere Abschlagszahlung für August der dreifache Betrag der ersten Abschlagszahlung im August sofort — statt am 15. August — zur Auszahlung.

Preisbewegung

Die Vereinigung der Deutschen Linoleumfabriken hat mit Wirkung vom 7. August die Preise für Linoleum auf Goldmark umgestellt. Eine Goldmark gleich ¼ Dollar, 1 Dollar gleich Goldmark 4,20. Das bedeutet eine mehrfache Erhöhung der bisher gültig gewesenen Preise.

•

Berlin. Der Verband Deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften (e. V.) hat ab 10. August den Multiplikator auf 30 000 festgesetzt.

Berlin. Die sprunghafte Erhöhung der Kohlenpreise in Verbindung mit der Entwertung der Mark führte bei der Festsetzung der Stickstoffpreise in letzter Zeit zu unhaltbaren Zuständen. Reichsregierung, Landwirtschaft und Stickstoffindustrie kamen daher überein, zukünftig für die Bemessung der Stickstoffpreise eine derartige Grundlage zu schaffen, daß für 100 Kilo schwefelsaures Ammoniak der jeweilige Gegenwert von 140 Kilogramm Roggen zu bezahlen ist. Zu dem so errechneten Preis kommt ein Rohstoffzuschlag, solange die Stickstoffindustrie gezwungen ist, mit ausländischen Rohstoffen zu arbeiten. Der Kalkstickstoff wird mit 8/9, Natronsalpeter mit 10/9 des Preises für schwefelsaures Ammoniak in Rechnung gebracht. Die neue Preisfestsetzung tritt mit dem 12. August in Kraft.

Gesellschaften

Als Nachtrag zu unserer jüngsten kurzen Vornotiz:

München. Unter der Firma „Deutsche Hopfenbank, A.-G." wurde am 9. August 1923 eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Milliarden errichtet. Gründer sind: Bank für Handel und Filmindustrie a. G., München, Toni Attenberger, Direktor in München; Edler von Koch, Gutsbesitzer in Schloß Rohrbach, Konrad Maderholz, Brauereibesitzer in Mainburg; Michael Salleck, Gutsbesitzer in Abensberg, und Wilhelm von Barchem, Direktor in München. — Dem Aufsichtsrat gehören an: Viktor Altmann, Generaldirektor in Berlin; Heinrich Königbauer, Landtagspräsident in München; Hans Brändlein, Kaufmann in München; Kaspar Alt, Brauereibesitzer in Wolnzach; Michael Salleck, Gutsbesitzer in Abensberg, Toni Attenberger, Direktor in München; Edler von Koch, Gutsbesitzer in Schloß Rohrbach; Konrad Maderholz, Brauereibesitzer in Mainburg; Josef Hammerschmid, Gutsbesitzer in Starzhausen; Vorstand ist Wilhelm v. Berchem, Direktor in München. Das Geschäftslokal befindet sich in München, Mittererstraße 10, Tel. 58 1 31. Eine Filiale wird in Wolnzach errichtet.

•

München. Deutsche Hansabank, A.-G. Die Verwaltung beantragt Kapitalserhöhung um 180 auf 540 Mill. durch Ausgabe von 162 Mill. Inhaber-Stammaktien und 18 Mill. Vorzugsaktien. Ferner wird beantragt weitere Kapitalserhöhung von 540 um bis 460 Mill. auf 1 Milliarde Mark durch Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien.

Grünberg. In der ordentlichen Generalversammlung der Weinbrennerei Hch. Raetsch, A.-G., Grünberg in Schlesien, die ebenfalls in Stettin abgehalten wurde, genehmigte die Versammlung einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Ausschüttung einer ab 6. d. M. zahlbaren Dividende von 500 Prozent und erteilte dem Aufsichtsrat und Vorstande Entlastung. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen allgemeiner Art fanden einstimmige Genehmigung. — Zugleich stimmte die Versammlung der Beteiligung der Gesellschaft an der Ad. Herold-A.-G., Kottbuser Filz- und Schuhwarenfabrik, Kottbus, zu.

Königsberg. In der Aufsichtsratssitzung der R. Prang, Dampf- und Wassermühlenwerke, A.-G., Gumbinnen, berichtete der Vorstand über den Verlauf des ersten Halbjahres. Der Geschäftsgang ist durchaus befriedigend verlaufen. Mit Rücksicht auf den großen Geldbedarf infolge der außerordentlich gestiegenen Getreidepreise, sieht sich die Verwaltung veranlaßt, bei einer auf den 28. August 1923 einzuberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals vorzuschlagen.

Berlin. Der Aufsichtsrat der Nationalen Automobilgesellschaft schlägt der auf den 4. September einzuberufenden Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 110 auf 200 Millionen Mark Stammaktien vor. Den alten Aktionären wird ein Bezugsrecht von 5 zu 1 zu einem noch festzusetzenden Kurse eingeräumt. Der Restbetrag der neuen Aktien soll wegen schwebender Geschäfte zur Verfügung der Verwaltung bleiben.

Braunschweig. In der Aufsichtsratssitzung des Braunschweigischen Bankvereins, Kommanditgesellschaft auf Aktien, wurde im Hinblick auf die seit der Gründung erfolgte außerordentlich große Ausdehnung des Geschäfts beschlossen, auf der am 4. September einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um 300 Millionen Stammaktien auf 500 Millionen Mark und um 10 Millionen Vorzugsaktien auf 30 Millionen vorzuschlagen. Den bisherigen Aktionären wird voraussichtlich ein Bezugsrecht von 1 : 1 eingeräumt werden.

*

Von der Banque de France

Wir entnehmen den nachfolgenden Artikel dem „Politischen Handwörterbuch" von Paul Herre im Verlag K. F. Köhler, Leipzig, das ein reiches Tatsachenmaterial enthält, zu dem wir gelegentlich einmal auch kritisch Stellung nehmen werden.

Die französische Zentralbank (B. d. F.) — begründet am 13. Februar 1800 — ist aus der Caisse des comptes courants hervorgegangen. Durch Gesetz vom 14. April 1803 wurde ihr das Recht zur Notenausgabe als Monopol vom Staate verliehen. Nachdem vorübergehend (in den Jahren von 1817 bis 1838) noch acht Provinzialnotenbanken neben ihr zugelassen waren, ist die Bank von Frankreich seitdem wieder die einzige Notenbank Frankreichs (Monopolsystem).

Die Bank von Frankreich ist eine Aktiengesellschaft (ihrer juristischen Struktur als Privatinstitut nach der Reichsbank ähnlich), also gegenüber dem Staate eine selbständige juristische Person. Ein unmittelbarer Einfluß des Staates auf ihre Leitung und Geschäftsführung besteht nicht, doch werden ihr Gouverneur und die zwei Subgouverneure vom Präsidenten der Republik und die Direktoren der Zweiganstalten von der Regierung (sämtlich auf Vorschlag des Finanzministers) ernannt.

Die Notenemission der Bank von Frankreich unterliegt der direkten Kontingentierung (siehe Artikel „Notenkontingent") derart, daß der gesamte Umlauf von Banknoten, und zwar einschließlich der bargedeckten — einen bestimmten Höchstbetrag nicht übersteigen darf. Bei Ausbruch des Krieges wurde dieses Kontingent von 6,8 Milliarden Franken auf 12 Milliarden und in der Folge wiederholt noch gewaltig heraufgesetzt (so auf 18 Milliarden durch das Gesetz vom 15. März 1916 und später nach Ende des Krieges im Sommer 1920 auf 43 Milliarden).

So wurde auch in Frankreich die Deckung der Kriegs- und Nachkriegsausgaben im Wege der inflatorischen Geldschöpfung durch eine entsprechende Änderung der Gesetzgebung möglich gemacht und vorbereitet.

Also ganz wie bei uns ...

Warenmarkt

Berliner Metalle

Berlin, den 13. August 1923

Raffinadekupfer	1087—1133
Originalhüttenweichblei	431—440
Hüttenrohzink im freien Verkehr	530—554
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	430—450
Originalhüttenaluminium	—
Hüttenaluminium in Walzen	—
Bankazinn	8450—8550
Straitszinn	8450—8550
Australzinn	8450—8550
Hüttenzinn	835—8050
Reinnickel	1900—2100
Antimon	450—470
Silber	70000—72500
Elektrolytkupfer	—

Die Ziffern gelten als Tausender

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Wein; für Bewegung: I. V.: J. Stolzing; für den Anzeigenteil: Jos. Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

An unsere Leser!

Schlageter-Denkmalspenden

bitten wir nicht an uns, sondern direkt an die

Deutsche Bank

Filiale München, Lenbachpl. 2

Bankkonto 61 208

einsenden zu wollen.

Verlag „Völkischer Beobachter"

Die „Sturmglocke"

das nationalsozial. Kampfblatt Schwabens,

wurde vom Staatskommissar für Schwaben und Neuburg

bis 31. August 1923 verboten.

Die Zeitung erscheint ab 1. September wieder regelmäßig wöchentlich.

Bestellungen sind zu richten an den Verlag der „Sturmglocke", Augsburg I.

Streifband-Bezugspreis

für Monat Septbr. M. 30 000,— freibleib.

Österreich Kr. 3000,—,

Tschechoslowakei Kč. 2,—.